

HAMBURG/DEN 16. DEZEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 50

Die Denkschrift der britischen Industrie

Wir geben im folgenden die Denkschrift der Sonderkommission des Bundes der britischen Industriellen in, wörtlicher Übersetzung wieder. Die Denkschrift ist von uns bereits in Nr. 48 u. 49 gewürdigt worden. Aus einer Bemerkung des Anhangs geht hervor, daß sie noch vor Bekanntwerden der Oberschlesienentscheidung verfaßt sein muß.

Die Schriftleitung

Die Ansicht, daß das Wiedergutmachungsprogramm in seiner jetzigen Form nicht ausführbar ist, ist im steten Wachsen begriffen, auch ist man überzeugt, daß jeder Versuch, Gewalt anzuwenden, zum Zusammenbruch Deutschlands führen und es auf diese Weise ganz außerordentlich schwer machen würde, überhaupt irgendwelchen nennenswerten Schadenersatz zu erhalten. Außerdem sind wir davon überzeugt, aus Gründen, die wir weiter unten anführen, daß die Eintreibung der Reparationen unter allen Umständen die Industrien Großbritanniens schwer stören (dislocate) würden, falls nicht besondere Maßnahmen getroffen würden, um die Art der Zahlung zu regeln.

Wir sind durchaus in Übereinstimmung mit der Anschauung, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen sollte. Wir glauben aber, daß die Alliierten, um unseren Interessen so wenig wie möglich zu schaden, durch Vereinbarung einen Weg finden sollten, die Bedingungen in bestimmter Richtung zu ändern und falls nötig, (Deutschlands Annahme dieser Änderungsvorschläge vorausgesetzt) sogar bereit sein sollten, die Lasten, die Deutschland auferlegt sind, zu erleichtern. Augenblicklich liegen die enormen Schuldenlasten, die die großen Handelsnationen während und nach dem Kriege auf sich nehmen mußten, wie ein Schatten über der wirtschaftlichen Zukunft der ganzen Welt, und es ist ganz unmöglich, eine Rückkehr auf den Stand des internationalen Handels in der Vorkriegszeit zu erwarten oder neue Verbindungen anzuknüpfen, bis die Methoden, unter denen diese Schulden abgetragen werden sollen, auf vernünftiger Grundlage festgesetzt sind.

Der Schadenersatz kann nur in Gütern oder Diensten geleistet werden

Man hat manchmal vergessen, daß die Schulden der Welt nur in Waren und Diensten beglichen werden können, da die Währungen, in denen diese Schulden ausgedrückt sind, ja doch nur die Werteinheiten darstellen, die zu ihrer Messung verwendet werden. Währungen haben nur dann Wert, wenn hinter ihnen Waren und Leistungen oder Rechte stehen. Solche Rechte können durch Goldzahlungen oder Übertragung von ausländischen Sicherheiten eingeräumt wer-

den, aber der Rest, der in deutschen Händen verbleibt, muß dann verhältnismäßig klein sein. Die Zahlung des Schadenersatzes kann daher nur dann von Deutschland geleistet werden, wenn man einen Exportüberschuß erreicht, der höher ist als zur Bezahlung für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und anderen Lebensnotwendigkeiten erforderlich ist.

Das setzt die Bereitwilligkeit von seiten der Welt voraus, die Waren und Leistungen, die Deutschland am leichtesten liefern kann, anzunehmen. Das schnelle Anwachsen von Zollschranken während der letzten zwei Jahre zeigt freilich, daß die verschiedenen Länder in vielen Fällen sich weigern, die Waren anzunehmen, die ihre Nachbarn zu liefern wünschen, und die Schwierigkeiten werden dadurch noch vermehrt, daß das augenblickliche Abkommen aus offensichtlich politischen Gründen so ausgearbeitet wurde, daß die Zahlungen mit Rücksicht auf die kolossalen Summen in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet werden sollen, obgleich die Schadenersatzforderung an Deutschland wohl die größte internationale Schuld darstellt, die es je gegeben hat.

Die wirtschaftlichen Gefahren des gegenwärtigen Abkommens

Nach unserer Ansicht ist nach diesen Erwägungen das bestehende Abkommen folgenden Gefahren ausgesetzt:

1. Finanzielle Zerrüttung in der ganzen Welt

Es macht für Deutschland den jährlichen Ankauf großer Mengen Devisen und deren Überweisung an die Alliierten notwendig, deren Höhe infolge der Schwankung der 26 % Exportabgabe nicht mit irgendwelchem Grad von Genauigkeit vorausgesagt werden kann. Da überdies die Beträge nicht direkt von Deutschlands Fähigkeit abhängen, einen hinreichenden Überschuß der Ausfuhr einschließlich der unsichtbaren Ausfuhr über die Einfuhr zu erzielen, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Zahlungen die fortgesetzte Verschlechterung der Markvaluta schrankenlos verlängern werden.

2. Desorganisation der britischen Industrien

Insoweit wie die Reparationszahlungen zur Ausfuhr außergewöhnlicher Mengen Fertigfabrikate durch Deutschland während einer Zeit von Jahren führen, müssen sie denen großes Unrecht zufügen, die sich mit der Herstellung ähnlicher Waren in anderen Ländern befassen. Es ist dies eine Angelegenheit von ganz besonderer Bedeutung für die englischen Gewerbe-

treibenden und Arbeiter, die zum großen Teil Waren herstellen, die den in Deutschland hergestellten sehr ähnlich sind, und die sie nach denselben Märkten ausführen.

Indem wir die Aufmerksamkeit auf obige Gefahren lenken, wünschen wir die Gemeinschaft mit denjenigen abzulehnen, die der Ansicht sind, daß die Zahlung eines Schadenersatzes einer Nation an eine andere notwendigerweise eine Schädigung des Empfängers sein müsse. Die Zahlungen, die wir als Gegenleistung für im Ausland angelegtes Kapital erhielten, haben mit einer Schadenersatzzahlung eine oberflächliche Ähnlichkeit, und sind zweifellos sehr vorteilhaft für uns gewesen. Sie haben zwar hauptsächlich aus Nahrungsmitteln und Rohmaterialien bestanden und die Menge hat erst nach und nach eine Vermehrung erfahren. Die Reparationszahlungen unter dem bestehenden Abkommen weichen in diesen beiden wichtigsten Einzelheiten von den ersteren darin ab, daß sie hauptsächlich aus bearbeiteten Waren bestehen und die Vermehrung plötzlich geschieht.

Mit Bezug auf obige Bedenken glauben wir, falls die Kriegsentschädigung bezahlt werden soll, ohne zu gleicher Zeit ernstliche Zerrüttung sowohl der Finanzen als auch der Industrie der Alliierten herbeizuführen, daß es unbedingt nötig ist, die Mittel und Wege, wie bezahlt werden soll, einer strengen Leitung und Kontrolle zu unterwerfen.

Es ist z. B. von höchster Bedeutung, daß die Art und Menge der Waren, die die Zahlungen ausmachen sollen, so bestimmt werden, daß sie den Bedürfnissen sich anpassen und die Entwicklung der Industrien der Alliierten fördern.

Überdies ist es wesentlich, daß die Zahlungen, wenn eine ernsthafte Handelszerrüttung vermieden werden soll, über eine weit längere Periode erstreckt werden, als in dem gegenwärtigen Abkommen vorgesehen ist. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese Ziele besser erreicht werden, wenn das gegenwärtige Abkommen gemäß den folgenden Richtlinien abgeändert wird.

Ersatz der gegenwärtigen Regierungsverpflichtungen durch Ansprüche an deutsche Gewerbe und Unternehmungen

Wir regen an, daß Anordnungen getroffen werden, wonach tatsächliche Ansprüche an industrielle und andere Unternehmungen in Deutschland an Stelle der gegenwärtigen Zahlungen zwischen den Regierungen gesetzt werden. So könnten z. B. alle deutschen industriellen Unternehmungen dazu angehalten werden, eine besondere Art von ersten Vorzugsaktien zu schaffen als erststellige Belastung (first charge). Die Besitzer von Grundeigentum könnten zu gleicher Zeit angehalten werden, ähnliche erste Belastungen bis zu einem gewissen Teil der festgesetzten Höhe des Wertes ihres Eigentums zu schaffen. Ähnliche Hypotheken oder erste Vorzugsaktien müßten für Unternehmungen wie die deutsche Eisenbahn, Kanäle, Schiffahrtsgesellschaften usw. geschaffen werden und möglicherweise auch für die deutschen Banken und großen Handelsunternehmen. Diese Sicherheiten müßten dann von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen ausgehändigt werden, die sie nach Wunsch an Private weiterbegeben könnten.

Die Überführung einer Verpflichtung zwischen Regierungen in eine Verpflichtung zwischen Privaten könnte ersichtlich auf sehr verschiedene Arten bewirkt werden; die obigen Darlegungen sind nur als Beispiel angeführt, da ein ähnlich gearteter Plan gegenwärtig in führenden Kreisen (responsible quarters) in Deutschland besprochen worden ist.

Vorteile dieses Planes

1. Er würde in gewissem Grade eine automatische Anpassung der jährlichen Last an Deutschlands Zahlungsfähigkeit bewirken, und so würde in beträchtlichem Maße eine Erleichterung geschaffen, verglichen mit den gegenwärtigen strengen Abmachungen, unter denen, theoretisch wenigstens, Zahlungen geleistet werden müssen, ganz gleich welche Folgen es für die deutsche Produktion haben würde. Unter dem vorgeschlagenen System werden die Zahlungen zu einer ersten Belastung aller produktiven Unternehmungen werden, aber Zinsen würden durch kein privates Unternehmen in einem solchen Jahr zu zahlen sein, in welchem nicht hinreichend verteilter Gewinn erzielt ist.

2. Durch Umwandlung einer Schuld, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu zahlen ist, in eine dauernde Verpflichtung würde die Notwendigkeit zur Schaffung eines Schuldentilgungsfonds mit Bezug auf die so umgewandelte Schuld beseitigt.

3. Der Plan würde den Alliierten ein genügendes Maß von Kontrolle über die deutschen Industrien einräumen, so daß sie imstande wären, bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung und Richtung des deutschen Handels auszuüben.

4. Der Plan würde bei weitem bessere Sicherheit für endgültige Zahlung geben, wenn man Abmachungen zwischen den Regierungen, die zuguterletzt doch auf der Fähigkeit der Alliierten beruhen, mit Hilfe des Militärs ihre Forderungen zu erzwingen, in eine große Anzahl kleiner Verpflichtungen zwischen Privatleuten (Deutschen, Alliierten und Neutralen) verwandeln würde, die so mit dem deutschen Finanz- und Handelssystem verwoben sind, daß eine Annullierung (repudiation) unmöglich sein würde. Fast genau dieselbe Lage würde geschaffen werden, als wenn Deutschland ein unerschlossenes Land gewesen wäre, das mit Hilfe von ausländischem Kapital erschlossen wäre und nun Zinsen für das angelegte Kapital fortdauernd zu zahlen hätte.

Genauere Festsetzung der Warengattungen und Leistungen, die von Deutschland auszuführen sind, um so viel wie möglich Schaden für die alliierten Industrien zu vermeiden.

Es ist klar, daß auch dann, wenn sowohl die Größe wie auch die Schwere der jährlichen Zahlungen durch die Annahme der vorgeschlagenen Maßnahmen wesentlich vermindert werden könnten, doch noch bedeutende Zahlungen von Deutschland als Zinsen zu leisten sein würden, während es doch immer noch Waren auszuführen hätte.

Mit Rücksicht auf die große Ähnlichkeit der Warengattungen, die in normalen Zeiten die deutsche Industrie und die unseres Landes produziert, ist es von großer Bedeutung, daß die deutsche Produktionskraft so viel als möglich in Bahnen geleitet werden sollte, die entweder uns keinen Schaden zufügen oder aber uns dienlich sind.

Das bestehende Reparationsabkommen sieht schon bedeutende Zahlungen in Sachwerten vor, und dieses Prinzip ist noch weiter ausgedehnt worden durch Spezialübereinkommen zwischen einzelnen alliierten Ländern und Deutschland. Aber diese Methode scheint nicht gegen Einwände gesichert zu sein. Was gebraucht wird, ist ein umfassendes Abkommen zwischen allen Alliierten, indem sie die Waren und die Leistungen, die Deutschland liefern sollte, näher bestimmen und die Richtung angeben, in der die deutschen Industrien sich entwickeln können, ohne ernstlichen Schaden den Industrien der verschiedenen Alliierten zuzufügen.

Beispiele von Zahlungen dieser Art sind schon bis zu einem gewissen Grad unter dem gegenwärtigen Abkommen ge-

leistet worden; wir weisen darauf hin, daß sie bei geeigneten Sicherungen und den nötigen Anordnungen möglicherweise erweitert werden können. Sie zerfallen hauptsächlich in zwei Kategorien:

1. Deutsche Lieferungen besonderer Stoffe, die für die Entwicklung der Gewerbe und der Landwirtschaft der Alliierten nützlich sind, an die Alliierten. Solche Stoffe würden sein:

- a) solche Stoffe, die nicht in großen Mengen in irgend-einem der alliierten Länder hergestellt werden, wie z. B. Kali;
- b) solche Stoffe, die in den alliierten Ländern produziert werden, wie Holz, Kohle usw., aber deren Export unter Anordnungen und Sicherungen zum Schutz der betr. alliierten Industrien möglicherweise vermehrt werden kann.

2. Endlich scheint es möglich, daß noch mehr in der Richtung getan werden könnte, die wirkliche Wiederherstellung der verwüsteten Gegenden deutschen Händen zu übertragen. Wir nahmen Notiz davon, daß in dem Loucheur-Rathenau-Abkommen Frankreich einen Schritt weiter in dieser Richtung gegangen zu sein scheint. Wie aber schon bemerkt, wir glauben, daß derartige Abkommen weit zufriedenstellendere Resultate erzielen würden, wenn sie aus einer Beratung aller Alliierten hervorgehen würden, so daß die Interessen aller angemessen gewahrt werden können.

In Verbindung damit wünschen wir die Aufmerksamkeit zu lenken auf eine besondere Methode, Zahlungen dieser Art zu bewirken, die die ihr zustehende Beachtung bisher nicht gefunden hat.

Die Ausführung von Ingenieurarbeiten in den Ländern der Verbündeten oder in anderen Ländern unter Leitung der Alliierten

Diese Arbeiten müßten natürlich einen solchen Charakter tragen, daß sie die Produktivität der Welt steigern. Damit nun in Deutschland keine Arbeit untergebracht wird, die auch in den Ländern der Alliierten ausgeführt werden könnte, müßte diese Arbeit derartig beschaffen sein, daß es unmöglich oder mindestens im hohen Grade unwahrscheinlich sein würde, sie mit den zur Verfügung stehenden (ordinary) Mitteln in nächster Zukunft auszuführen; außerdem müßten natürlich alle möglichen Sicherungen getroffen werden, um zu verhindern, daß diese Arbeiten für die Deutschen ein Mittel der friedlichen Durchdringung der betreffenden Länder, in denen sie geschehen, werden. Damit dieser Fall nicht eintritt, müßte die ausschließliche Leitung und die Aufsicht in den Händen von Ingenieuren und anderen technischen Sachverständigen liegen, die von den Alliierten berufen werden. Das erforderliche Material müßte nach den Angaben der Alliierten geliefert werden, damit für Deutschland auch nicht irgendeine Möglichkeit besteht, sich durch Ersatzlieferungen und Instandhalten der Werke einen wertvollen Markt in Zukunft zu sichern.

Die Unternehmungen müßten auch so beschaffen sein, daß man verständigerweise annehmen kann, daß sie einen Ertrag abwerfen, der in Kürze für ihre Instandhaltung ausreicht, und daß möglicherweise auch ein entsprechender Gewinn auf das Anlagekapital erzielt wird.

Unter dem Vorbehalt dieser Einschränkungen und Schutzmaßnahmen scheint es uns, daß es möglich wäre, durch solche Arbeiten die deutsche Arbeitskraft auf eine nützlichere und weniger gefährliche Weise sich dienstbar zu machen, als durch den wahllosen Export von Gütern, die mit den Erzeugnissen der Industrien der Verbündeten in Wettbewerb treten.

Im Folgenden werden Beispiele gegeben für die Art der Ingenieurarbeiten, auf die sich der Plan vielleicht anwenden läßt:

a) Die Wiederherstellung von Eisenbahnen und anderen Verkehrsmitteln in Zentraleuropa und vielleicht später in Rußland

Obleich man einwenden könnte, daß Deutschland hierdurch in gewissem Grade zur Durchdringung der Märkte ermutigt wird, die durch diese Verkehrsmittel von Deutschland abhängig werden, soll darauf hingewiesen werden, daß diese Märkte in Teilen der Welt liegen, die so zerrüttet sind, daß alles, was die Wiederherstellung normalerer Verhältnisse fördert, dem Handel in allen Arten von Gütern zugute kommt. Deutschland ist räumlich näher und viel besser für diese Arbeiten geeignet als die Alliierten, und wenn sie nicht von Deutschland ausgeführt werden, besteht überhaupt keine Aussicht, daß irgend jemand imstande sein wird, sie in absehbarer Zukunft zu unternehmen.

Vor dem Krieg waren diese Länder die wichtigsten Absatzgebiete Deutschlands und deshalb würde der größte Teil des Handels, der sich dort vollziehen würde, in Wirklichkeit nicht auf Kosten Englands gehen.

Außerdem dient dieser Weg dazu, den deutschen Handel von solchen Plätzen abzulenken, die in erster Linie unsere Absatzgebiete sind, und wo infolgedessen jedes von Deutschen gemachte Geschäft, um was es sich auch handeln möge, einen direkten Verlust unserer Industrie darstellt.

b) Die Herstellung von Anlagen, deren Bau sonst nicht lohnend sein würde, z. B. Bau von Eisenbahnen, Hafenanlagen usw. in den unentwickelten Teilen der Welt, wie Afrika, Südamerika oder Asien

Der Zweck dieser Anregung ist hauptsächlich der, deutsche Kraft und deutschen Fleiß dorthin zu lenken, wo sie der Entwicklung neuer Märkte und neuer Quellen für die Rohstoff- und Nahrungsmittelbeschaffung in bisher unerschlossenen Teilen der Welt dienen können.

Es ist natürlich klar, daß sich praktisch viele Schwierigkeiten schon aus der ständigen Verwaltung der betreffenden Arbeiten ergeben werden, und es besteht kein Zweifel, daß die zu ergreifenden Maßnahmen im Einzelfall von einander abweichen müßten. Allgemein gesprochen würde es jedoch wahrscheinlich sein, daß ein Werk, das in einem der verbündeten Länder hergestellt ist, nach Fertigstellung Eigentum der betreffenden verbündeten Regierung und von ihr selbst oder von einer Privatgesellschaft (chartered Company) verwaltet würde.

Mögliche Einwendungen

Wir erkennen durchaus an, daß sich gegen alle angedeuteten Vorschläge (modifications) Einwendungen erheben lassen, aber wir halten ihre Berücksichtigung für notwendig, weil sie nach unserer Ansicht weniger bedenklich sind, als die wahrscheinlichen Folgen, die sich aus einem Weiterbestehen des zurzeit geltenden Abkommens ergeben müssen. Unsere Vorschläge würden nicht nur die Gefahren verringern, die in den regelmäßig wiederkehrenden und schwerwiegenden finanziellen Störungen in der Welt ihre Ursachen haben, sondern auch diejenigen, die hervorgehen aus der gefährlichen Veränderung, die die kommerzielle und industrielle Organisation der Verbündeten erleidet durch den wahllosen Wettbewerb des deutschen Exports infolge der künstlich niedrigen Preise.

Ohne Zweifel wird man darauf hinweisen müssen, daß sich Schwierigkeiten ergeben werden bei der Umsetzung dieser Vorschläge in die Praxis. Sie werden z. B. die Notwendigkeit einer Revision des Friedensvertrages und ein Zusammenarbeiten mit Deutschland erforderlich machen.

Wir glauben jedoch, daß in Deutschland die Ansicht derjenigen an Boden gewinnt, denen es darum zu tun ist, für die deutschen Finanzen eine gesunde und dauernde Grundlage zu schaffen, und daß die deutsche Regierung deshalb gewillt sein würde, einer Revision der Reparationsklauseln des Vertrages auf vernünftiger Grundlage zuzustimmen und versuchen würde, die Mitarbeit deutscher finanzieller und industrieller Kreise

bei der Durchführung des revidierten Abkommens zu veranlassen.

Wenn ein solches Abkommen die dauernde (permanent) Abänderung der Ansprüche der Verbündeten an Deutschland in sich schließen würde, so würde die notwendige Verzichtleistung nach unserer Ansicht vollauf gerechtfertigt sein, wenn sie zu einer schnelleren Rückkehr der Welt als Ganzem zu normalen Verhältnissen beitragen würde. Um zu einem solchen Ergebnis zu kommen, ist es wesentlich, daß jedem Abkommen die strikte Vorschrift zugrunde gelegt wird, daß die deutschen Finanzen in Ordnung gebracht werden und Deutschland Bedingungen auferlegt werden, die eine weitere Inflation und damit verbundene Entwertung der Mark unmöglich machen.

Man wird auch einwenden können, daß diese Vorschläge auf die Ansprüche unserer Verbündeten, die dringend baldiger Zahlungen zur Bilanzierung ihres Budgets bedürfen, zu wenig Rücksicht nimmt. Wenn Deutschland aber dahin gebracht werden kann, seine Staatsfinanzen zu reorganisieren und auf eine feste Grundlage zu stellen, so werden zweifellos die deutschen industriellen Wertpapiere, die an die Stellé der Reparationszahlungen treten, leicht Käufer finden. Auf diese Weise würde Frankreich nicht nur wesentlich größere Wiedergutmachungszahlungen erhalten als auf Grund des bestehenden Planes, sondern es würde auch das erreichen, was ihm außerordentlich erwünscht ist, nämlich Barzahlung, und zwar an einem baldigen Termin, denn es würde nicht mehr gezwungen sein, wegen der Zahlungen nur auf Deutschlands jährlichen Zuwachs an Reichtum sein Augenmerk zu richten, sondern es wäre in der Lage, auf den Gesamtreichtum (combined wealth) seiner Verbündeten, und wenn nötig, auf den der ganzen Welt, zu ziehen.

Schluß

Wir haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift auf alle Einzelheiten der Vorschläge hinzuweisen, die wir hiermit uns vorzulegen erlauben. Wir glauben jedoch, daß sie durchaus durchführbar sind und daß nur auf dieser Grundlage eine für England zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann. Wir fordern deshalb, daß die königliche Regierung unsere Anregungen ernsthafter und dringender Berücksichtigung unterzieht.

Jetziger Plan der Reparationszahlungen

1. Deutschland hat der Reparationskommission die folgenden Bonds zu liefern:

Bond A.....	12 Milliarden M	zu liefern am 1. 7. 1921
" B.....	38 " " " " "	1. 11. 1921
" C.....	82 " " " " "	1. 11. 1921
Gesamtsumme 132 Milliarden M = 8 Milliarden £ (s. 2 Schluß)		

2. Diese Bonds sollen 5 % Zinsen p. a. tragen plus 1 % p. a. für einen Tilgungsfonds (sinkingfund) zwecks Einlösung. Auf diese Weise wird der Anleihedienst für diese Bonds zu 6 % sich wie folgt stellen:

Bond A.....	720 Mill. M.	=	44 Mill. £
" B.....	2280 " " "	=	138 " "
Bond A + B..	3000 Mill. M.	=	182 Mill. £
" C.....	4920 " " "	=	298 " "
Gesamtsumme . 7920 Mill. M. = 480 Mill. £			

Anmerkung. Alle Zahlen sind in Goldmark gerechnet und umgerechnet unter Zu rundelegung eines Kurses von 20 Goldmark = 4,86 \$ und 1 £ = 3,9 \$ (Durchschnittskurs August/November 1921)

3. Deutschland soll die folgenden jährlichen Zahlungen machen zur Bereitstellung der Mittel für den Anleihedienst:

- (1) Eine feste Zahlung von 2 Milliarden M jährlich = 120 Mill. £.
- (2) Eine veränderliche Zahlung, die dem Gegenwert von 26 % des jährlichen Exports entspricht.

4. (a) Es sollen nur so viele Bonds C von der Reparationskommission ausgegeben werden, daß sie dem Saldo entsprechen, der nach Bereitstellung der Mittel für A und B übrig bleibt.
- (b) Die feststehende Zahlung und 25 % des Exports sollen für den Dienst der ausgegebenen Bonds Verwendung finden.
- (c) Der Rest von 1 % soll für den Dienst der noch nicht emittierten Bonds zurückgestellt werden, sobald und soweit sie zur Ausgabe gelangen.
- (d) Falls irgendwelche Zinsen ungedeckt bleiben, nachdem die obigen Zahlungen geleistet worden sind, sollen sie gestrichen werden und nicht zu Lasten Deutschlands anwachsen.

5. Die wirklichen Zahlungen sollen in folgender Form geschehen:

- (a) Gold oder 3-Monats-Auslandswechsel auf London, Paris oder New York, gezogen auf das Reichsschatzamt und indossiert von bestimmten deutschen Banken;
- (b) in Waren:
 - (1) Kohlen, laut dem Spaa-Abkommen,
 - (2) Anilinfarben,
 - (3) Holz und Material zum Wiederaufbau zerstörter Gebiete.

Außerdem sind bestimmte deutsche Einkünfte für diese jährlichen Zahlungen verpfändet:

6. (a) Alle Reparationszahlungen sollen in folgendem Verhältnis unter die Alliierten verteilt werden:

Großbritannien.....	86,85 %	19,1 %
Kleinere Kolonien....	—,80 "	—,16 "
Kanada.....	4,35 "	1,— "
Australien.....	4,35 "	1,— "
Neu-Seeland.....	1,75 "	—,4 "
Süd Afrika.....	—,60 "	—,12 "
Neu-Fundland.....	—,10 "	—,02 "
Indien.....	1,20 "	—,3 "
Britisches Reich.....	100,— %	22,— %
Frankreich.....		52,— "
Belgien.... (bei einem Vorzugsrecht auf deutsche Zahlungen)		8,— "
Italien.....		10,— "
Griechenland.....		4,— "
Andere Länder.....		4,— "
		100,— %

- (b) In gewisser Hinsicht hat Belgien ein Vorzugsrecht. Im besonderen wird damit gerechnet, daß durch die diesjährigen Zahlungen nicht mehr als die Besetzungskosten und die bevorrechtigten Ansprüche Belgiens gedeckt werden.
- (c) Die verschiedenen verbündeten Regierungen haben noch nicht entschieden, ob sie die Bonds in ihrem Besitz behalten oder versuchen wollen, sie auf den Geldmärkten zu verkaufen. Frankreich würde das letztere kleineren jährlichen Zahlungen vorziehen, da es den vollen Wert der Bonds sofort benötigt. Aber es ist schwierig zu sagen, zu welchem Preis man diese Bonds verkaufen könnte.

7. Das ist das bestehende Abkommen, soweit es festgestellt werden kann. Es ist wahrscheinlich, daß es revidiert werden muß in Übereinstimmung mit neuen interalliierten Abkommen oder politischen Entwicklungen, z. B. Schlesien:

Anmerkung. Die Daten der Zahlungen sind:

30. 8. 1921:	50 000 000 £ (1 £ = 20 Goldmark)
15. 11. 1921:	1/4 der 26 % Exportabgabe (vierteljährliche Zahlung)
15. 1. 1922:	25 000 000 £
15. 2. 1922:	1/4 der 26 % Exportabgabe (vierteljährliche Zahlung)
15. 4. 1922:	25 000 000 £
15. 5. 1922:	1/4 der 26 % Exportabgabe
15. 7. 1922:	25 000 000 £

usw. jedes Vierteljahr.

Zahlung in Waren

a) Kali

Die Schwankungen der Nachfrage, die zukünftige Entwicklung oder die Stilllegung anderer Kalilager, der augenblickliche Kalipreis und die Schwankungen der Mark machen es fast unmöglich, irgendeinen genauen Wert der deutschen Kalilager anzugeben.

Die folgenden Ziffern mögen einen kleinen Hinweis geben. Sie entstammen der Vorkriegszeit, schließen daher Elsaß-Lothringen ein. Hierbei ist zu bemerken, daß das deutsche Kalisyndikat die Förderung in den elsässischen Werken auf 5 % der Gesamtförderung Deutschlands beschränkte, und sie außerdem mit Transportkosten „strafweise“ belastete (penalised). Die Größe der elsässischen Kalilager wird auf 1472 Mill. t geschätzt mit einem Durchschnittsgehalt von 22 % Kali. Nachdem diese Werke nun französisches Eigentum geworden sind, werden sie wahrscheinlich voll ausgenutzt werden, soweit es die Marktlage erlaubt.

Es ist daher möglich, daß die Franzosen dem Dumping großer Quantitäten deutschen Kalis in der Form von Reparationszahlungen nicht gleichmütig gegenüberstehen.

Die Vorkriegsproduktion und der Export von deutschen Kalisalzen ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Produktion in 1000 t	Export in 1000 t	
1904.....	4 455	251	Diese Ziffern enthalten ver- schiedene Kali- salze, z. B. koh- lensäure Salze, hydroxide, schwefelsäure usw.
1905.....	5 499	273	
1906.....	6 034	279	
1907.....	6 315	353	
1908.....	6 699	409	
1909.....	7 884	476	
1910.....	9 175	603	
1911.....	10 594	784	
1912 *).....	6 573	482	
1917.....	918	155	
1918.....	1 056	138	reines Kali

*) Angabe ist unvollständig.

b) Kohle

Schätzung der deutschen Kohlen-Jahresproduktion:

1913 Produktion	191,5 Mill. t	
abzügl. Förderung im Elsaß u. Saargebiet	17,0 „ „	
	174,5 Mill. t	für den übrigen Teil Deutsch- lands auf der Vorkriegsbasis, die in Abzug zu bringen sind infolge der gegenwärtigen in- dustriellen Störungen,
— 31,5 „ „		als mögliche gegenwärtige Maximum-Förderung.
	verbleiben 143,0 Mill. t	
1913 inlnd. Verbrauch	139,0 „ „	
ab Verbrauch in ab- getreten. Gebiet-n	29,0 „ „	
	verbleiben 110,0 Mill. t	als inländischer Verbrauch in der Nachkriegszeit.

So würde sich ein Überschuß von 143 weniger 110 gleich 33 Mill. t ergeben, die für den Export zur Verfügung stehen würden, unter Zugrundelegung des Vorkriegsverbrauchs. Die Förderung Oberschlesiens wird in der Nachkriegszeit mit 30 Mill. t angenommen. Wenn Deutschland Schlesien verliert, wird es nur noch 3 Mill. t zur Verfügung haben. Nun fordern die Verbündeten 45 Mill. t jährlich, von denen sie bereits 24 Mill. erhalten haben. Wenn daher 45 Mill. verlangt werden, bleiben für den heimischen Verbrauch in Deutschland 98 oder 68 Mill. t übrig. Werden dagegen nur 24 Mill. verlangt, so bleiben für Deutschland 119 oder 89 Mill. t, je nachdem Schlesien verloren geht oder nicht.

Wenn Deutschland seinen eigenen Verbrauch auf 75 % des Vorkriegsstandes herabsetzt und Oberschlesien behalten wird, wird es 60 Mill. für den Export zur Verfügung haben; verliert es Oberschlesien, so würde sich der Überschuß auf 30 Mill. reduzieren.

Nimmt man den Kohlenpreis mit 1 £ 10 s je t an, so würde sich für diese letzten Ziffern ein Wert von 90 000 000 £ resp. 45 000 000 £ ergeben.

Die große Lüge I

Von pazifistisch-metallistischer Seite geht uns der folgende Beitrag mit dem Ersuchen um Aufnahme zu. Gemäß unserem Grundsatz, in unserer Zeitschrift nicht nur die von den Mitgliedern unserer Schriftleitung vertretenen Anschauungen zum Wort kommen zu lassen, geben wir diesen lebhaften Darlegungen Raum: nicht obgleich, sondern weil ein großer Teil der entwickelten Gedanken entschieden Widerspruch erregen wird.

Die Schriftleitung

Der Dollar über 200, die Mark keine zwei Pfennige mehr! — was heißt das? Ein Tausendmarkschein wertet kaum zwanzig Mark in Gold, hunderttausend Mark etwa sechshundert Taler von früher, eine Papiermillion sechstausend Taler, — wer heute eine oder zwei Millionen besitzt, ist kein Millionär, sondern ein ganz kleiner Kleinbürger, ohne Recht auf das Auto und die Villa oder die Achzimmerwohnung, — und erstaunlich ist es nur, daß heute so wenige ein Einkommen von hunderttausend Mark haben wollen, wenn man mit ihnen spricht, und doch jeder einzige diese Summe als Minimaleinkommen ansieht und jeder sie ausgibt und verbraucht. Die Steuergesetze hinken natürlich in alter Schwerfälligkeit der Entwicklung nach: Die Veranlagungen kommen vor lauter Rückfragen nicht vom Fleck, und die hohen Stufen, die damals für reiche Leute und große Verdienner in scharfer Progression gelten sollten, treffen heute Leute, die von der Hand in den Mund leben, schwer ringen müssen, um den Bedarf der Familie an Essen und Wohnung aufzubringen, den neuen Anzug nur aus gelegentlichen

Börsen- oder Devisengewinn zahlen können, und am Ende des Jahres sich nur wundern, daß sie nicht noch mehr zugesetzt haben. Denn allmählich macht sich die Entwertung der Markzettel und was auf Markwährung lautet, selbst in den Kreisen geltend, die (indem sie ihre Staatsanleihen und Pfandbriefe festhalten und verbuchen) unentwegt darauf hofften, daß die deutsche Währung sich doch noch einmal bessere, unentwegt und unbeirrt mit der Mark à la hausse spekulierten, „weil sie nicht spekulieren wollten“. Die andern haben längst versucht, der Entwertung ein Paroli zu bieten, haben gesucht, Sachwerte zu erwerben, um wenigstens etwas Greifbares zu besitzen, haben Waren erworben und Aktien, also Anteilscheine an Sachwerten, — wahllos gekauft, was zu kaufen war, und versucht, den drohenden Zusammenbruch, den sie Staatsbankrott nennen, zu irgendeiner festen Quote zu eskomptieren. Der Bauer ist in seinem natürlichen Instinkt der klügste gewesen: er hat seine Schulden abbezahlt, die Hypotheken auf seinem Grundbesitz selbst erworben und ist alleiniger Besitzer seines Grundes und Bodens geworden. Daneben hat er Gold und Silber im Strumpf wohl verwahrt, hat wohl alle Aufrufe zur Zeichnung von Kriegsanleihe und Goldabgabe an die Reichsbank gelesen, — war aber klüger wie der Städter, weil er von Natur mißtrauischer ist, — und ihre Kreise denken jetzt gar nicht daran, etwa politisch oder wirtschaftlich den verfahrenen Karren aus dem Dreck zu ziehen.

In den Zeitungen steht aber groß und breit, „daß wir bisher den Staatsbankrott glücklich vermieden haben“ — und wenn man ernsthafte Menschen fragt, was denn eigentlich Staatsbankrott sei, so hört man immer nur, so was könne man sich in einem so hochkultivierten und industrialisierten Lande gar nicht mehr vorstellen, — so was sage man wohl, aber es könne niemals eintreten. Und nur unsere regierenden Herren lassen gelegentlich mal den „Feinden“ gegenüber den Schreckschuß los, sie wären genötigt, Konkurs anzumelden, und erzielten drüben damit stets auch ein behagliches Lächeln, — sonst nichts. Denn draußen weiß man besser über uns Bescheid wie wir selber, weiß vor allem auch aus der eigenen und fremden Geschichte, daß noch niemals ein Staat Konkurs „angemeldet“ hat, noch nie ein Reich den eigenen Bankrott überhaupt offen eingestanden hat, und daß wir selbst unsere Zahlungsunfähigkeit seit dem 4. August 1914 bekannt haben, an dem die schönen Darlehensscheine, Papier mit Papierdeckung, ausgegeben wurden, und dann, als die Reichsbank dazu übergang, die Einlösungspflicht ihrer Noten in Gold aufzuheben.¹⁾ Seit damals sind wir pleite, seit damals stopfen wir immer ein Loch zu, indem wir ein größeres aufmachen, haben jede Krieganleihe immer wieder mit demselben Gelde in größeren Beträgen und Betrügen gezeichnet, drucken Noten, die durch unsere Illusion, den Glauben an das Reich und seine Schatzwechsel gedeckt sind, obwohl wir wissen, wie leer der Schatz zu schätzen ist. Vor 200 Jahren, als John Law in Frankreich seine Papierberge häufte, schrieb Montesquieu in einem seiner Persischen Briefe:

„Wollt ihr reich sein, ihr Völker? Bildet euch ein, ich sei sehr reich und ihr seiet es auch. Jeden Morgen seht euch in den Kopf, über Nacht habe sich euer Vermögen verdoppelt. Dann steht ihr auf, bezahlt eure Gläubiger mit dem, was ihr euch eingeildet habt, und sagt ihnen nur, sie sollen es sich auch einbilden.“

Und so lange die Einbildung andauerte, einer dem anderen einredete, sie seien alle reiche Leute geworden, weil sie viel Geld hatten, wenigstens Scheingeld und Geldscheine, konnte „das System“ sich behaupten. Genau wie heute. Denn ein Wunder ist in deutschen Landen geschehen. Die Ziffer der Erwerbslosen sinkt, alle Fabriken sind auf Monate hinaus voll beschäftigt, sogar Häuser werden gebaut mit neuen Bankfassaden, die Messen sind voll Käufer, die Läden voll Waren mit allerhöchsten Preisen, die anstandslos bezahlt werden; jeder verdient Geld, wer etwas kauft und behält, auch wenn er gar nichts davon versteht (wie anno fünfzehn, denn dann verdient er erst recht) — sogar die Landwirtschaft hat die alten Klagelieder vergessen. Nach fünf harten Kriegsjahren, nach einer sogenannten Revolution, dem Einsturz aller Autoritäten, einem demütigenden Friedensschluß, bei feindlicher Besatzung an der einen Grenze und latentem Unruhezustand an der andern, nach Losreißung wichtiger Stücke aus dem Wirtschaftskörper und Belastung von Wirtschaft und Finanz auf Generationen hinaus, — politische Unruhe und Klassenkampf überall. Und doch überall Arbeit und Streben, Verdienst und Genuß, Handel und Wandel. Die Ernte war gut, weit über mittel, und beim Aufhören behördlicher Eingriffe und beamteter Auslandskäufe²⁾ könnten wir uns, vielleicht sogar auch die bei uns einströmenden Valutagenießer, ernähren, das Brotgetreide gesichert, hinreichende Schweinerei für den Eigenbedarf und Rindvieh in allen Schichten und für alle Kreise. Unsere Kohlen und Farben, unsere Fabrikate und Manufakturen werden gern vom Ausland

aufgenommen, um die drüben aufgehäuften Markzettel loszuwerden, teilweise auch auf Reparationskonto gutgeschrieben; und wenn die Furcht vor unserm Dumping nicht wäre, würden sie uns sogar gern wieder herzlich gut werden, so lange wir hergeben und vergnügt darüber sind, da wir sogar reichliche Zinsen und Devisenverluste gern buchen. Denn was von uns herausgeholt wird, gilt drüben als barer Verdienst, und auch Rathenaus Wiesbadener Programm gibt uns zwar Aufträge und Beschäftigung, aber keine neuen Säfte, denn alles wird weiter mit Papier gelohnt, steht nur auf papiernen Verträgen, hat nur den Wert des Papieres, für dessen Währung keine Gewähr mehr besteht.

Mit scharfer Erkenntnis hat vor 200 Jahren der jugendliche Turgot das Lügengewebe zerstört, der große Vorbereiter der Umwälzung, die wir „Die große Revolution“ nennen und als die Erneuerung Europas betrachten. Seine Sätze über Papierwährung haben heute wieder volle Gültigkeit:

„C'est donc un point également de théorie et d'expérience que jamais le peuple ne peut recevoir le papier que comme représentant de l'argent et par conséquent convertible en argent.“

„C'est donc comme marchandise que l'argent est, non par le signe, mais la commune mesure des autres marchandises; — et cela non pas par une convention arbitraire fondée sur l'éclat de ce métal, mais par ce que, pouvant être employé sous diverses formes comme marchandise et ayant à raison de cette propriété une valeur venale un peu augmentée par usage qu'on en fait aussi comme monnaie, pouvant d'ailleurs être réduit au même titre et divisé exactement, on en connaît toujours le valeur.“

Nur Metalle, die einen allgemein anerkannten Kaufwert und Handelswert haben, wie Gold und Silber, können die Maßstäbe für alle Warenpreise sein, und es liegt in der Natur des Geldes, daß es etwas gelten muß, daß diese Geltung primitiv klar liegen muß. Keine menschliche Willkür, kein Gesetz von Menschen und keine Theorie kann dieses Gesetz der Natur und des natürlichen Denkens umwerfen und umwerten. Man kann die Natur unterdrücken, — sie wird immer wieder zur Geltung kommen. In den Zeiten des Krieges, also in nicht normalen Zeiten, haben sich die Völker allerlei einreden lassen, das große Tuch des Patriotenmantels wurde entfaltet, und die Laster und Verbrechen, die Profitgier und die Ruhmgier wurden damit zugedeckt. Auch die große Lüge, die Mark sei und bleibe eine Mark, — ganz gleich, ob die Reichsbank den Schein in Gold einzulösen verpflichtet ist oder nicht. Und die Helfferich'sche Finanzpolitik, die als die höchste Klugheit gepriesen und dekoriert wurde: alles „auf Sieg“ einzustellen und auf das große Wunder zu warten, im Lande nur Engel und draußen nur Teufel zu sehen, — all diese schönen Dinge sehen wir heute bei uns weiter in höchster Blüte.

Die Parteien, denen die Umwälzung vom November 1918 die Erfüllung aller alten Wünsche in den Schoß warf, die die am Boden schleifenden Zügel aufgriffen und mit der Macht auch die Verantwortung übernehmen mußten, waren sich damals gar nicht darüber klar, welch klägliches Erbe sie übernahmen und wie sie sich zu verhalten hatten. Sie hatten durchaus nicht nötig, alle Schulden unbesehen anzuerkennen, und kein Mensch hätte ihnen damals verdacht, wenn sie auch wirtschaftlich eine neue Ära eingeleitet hätten, wenn sie sich vor allem nicht vor dem Popanz des Bolschewismus und vor der eigenen Courage gefürchtet hätten, und den Krieg, der nach Ansicht der Massen für den Besitz geführt worden war, voll und ganz vom Besitz auch hätten bezahlen lassen. In einem bankerotten Lande war für Millionärsallüren kein Recht mehr, und jeder Besitzende hätte das verbleibende als Gewinn freudig anerkannt. Aber wir guten Deutschen hatten dreißig Jahre

¹⁾ Anmerkung der Schriftleitung: Es sei uns gestattet, einen kleinen Irrtum des Verfassers zu berichtigen. Die Darlehensscheine haben nicht Papierdeckung, sondern dienen der Deckung der Reichsbanknoten. Wenn aber die faktische Aufhebung der Goldeneinlösung den Konkurs bedeutet, so befindet sich nicht nur Frankreich und Italien, sondern auch England in diesem Zustand.

²⁾ Anmerkung der Schriftleitung: Dem Verfasser ist es anscheinend unbekannt, daß die Getreideeinfuhr ausschließend durch Kaufleute bewirkt wird, die ihre Offten einer kaufmännisch geleiteten Getreide-Einfuhr G. m. b. H. unterbreiten, soweit sie nicht den freien Absatz vorziehen.

dem schönen Schein zugejubelt und immer nur das geglaubt, was wir hören wollten. Und mit den großen und kleinen Schuldtiteln des ancien régime nahm man auch die ganz große Finanzlüge mit in die „neue Zeit“ hinüber, — man druckte Noten ohne Deckung, wenn man sie brauchte, — und heute gilt die Mark zwei Pfennige! Im Inlande hat sie ja noch etwas mehr Kaufkraft, weil die Warenpreise sich langsamer erhöhen, und auch das Ausland kauft von uns, so lange die Löhne erst das Zwölfwache und die Gehälter das Sechsfache der Friedenshöhe betragen, — da aber das Einkommen jedes Staates in nichts anderem als in der Arbeit seiner Bewohner besteht, Handarbeit und Kopfarbeit, ist das Ende der Kette schon in Sicht, — die Zeit, wo der Bauer kein Papier mehr nehmen will und unsere Noten nichts mehr gelten, weil sie niemand mehr haben will.

Auch die große Revolution von 1789 bis 1796 ist durch diese Flut von Papier und Schlamm hindurchgeschritten, und es ist interessant, wie auch damals sieben Jahre lang ein großes und im innersten aufgewühltes Volk diese Zustände zu ertragen vermochte. Nach gelegentlichen großen Waffenerfolgen der Revolutionsheere traten Kursbesserungen ein, aber die Linie zeigt doch eine ständige Neigung nach unten:

Kurs der Assignaten

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1789.	—	—	—	—	—	—	—	98	98	97	96	95
1790.	96	95	94	94	94	95	95	92	91	91	90	92
1791.	91	91	90	89	85	85	87	79	82	84	82	77
1792.	72	61	59	68	58	57	61	61	72	71	73	72
1793.	51	52	51	43	52	36	23	22	27	28	33	48
1794.	40	41	36	36	34	30	34	31	28	28	24	20
1795.	18	17	13,3	10,7	6,5	3,4	3,1	2,7	2,1	1,4	0,8	0,5
1796.	0,46	0,35	0,36									

und alle Eingriffe von oben nützten nichts und nützen auch heute nichts, wenn wir nicht ehrlich bekennen, daß wir zwei Währungen, Goldwährung und Papierwährung, durcheinander anwenden, auch in den Bilanzen unserer Reichsbank, die neben den Goldbeständen zum Friedens-Goldpreis die Papierberge in Erscheinung stellt. Auch damals suchte man im Rahmen des Papiers die „Goldwerte“ zu erfassen“, man gab Pfandbriefe (mandats territoriaux) aus oder versuchte es wenigstens, aber kein Mensch wollte nach den Erfahrungen der letzten Jahre etwas von irgendeinem Papier wissen, die Kurse sanken von der Ausgabe:

	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.
1796.	17,45	16,9	11,1	7,1	5,6	4,8	4,6	4,2	3,3	2,5

und es blieb nichts anderes übrig, als die Münzstätten wieder in Tätigkeit zu setzen und vor allem das im Lande befindliche Silber heranzuziehen, indem man überall Zweigstellen der Münze einrichtete, die gegen Barren und Gebrauchssilber nicht mehr Scheine, sondern alte und neue Fünffrankenstücke ausgaben, damit überhaupt wieder ein Tauschmittel in Umlauf kam. Und wie wirtschaftliches und politisches Aufsteigen und Absteigen, Ursache und Wirkung in wechselseitiger Beziehung stehen, so kam in dem Frankreich am Ende des achtzehnten Jahrhunderts Napoleons Konsulat und Kaisertum, äußerer Glanz und innerer Wohlstand, eine neue Blüte des Landes.

Noch sind wir weit, weit davon ab, noch ist nicht abzusehen, wann, wie und ob überhaupt noch zu Lebzeiten dieser Generation eine Regeneration möglich ist.

Ludwig Ollendorff

Rußland

Die Spaltung der kommunistischen Partei — Der Kampf der Gemäßigten mit den Radikalen — Die Vereinigten Sowjetstaaten Rußlands

Auch der russischen Revolution scheint nun ein 9. Thermidor bevorzustehen — wenn es nicht doch noch vorher, in veränderter Folge, einen 10. Germinal geben wird. Wie damals einstige Freunde sich entzweiten, um einander des Verrats an den Prinzipien der Revolution anzuklagen, so auch jetzt. Der Kampf der Diktatoren untereinander hat begonnen. Die Regierung ist auseinandergefallen. Die Gemäßigten suchen sich der Opposition der Radikalen zu erwehren und verhaften die Unentwegten. Das moderne Revolutionstribunal — die Außerordentliche Kommission — wird diesmal Marxisten zu richten haben. Allerdings geht es undramatischer, wenn auch nicht unblutiger wie vor 128 Jahren vor sich. Der Riß in der kommunistischen Partei, der an dieser Stelle von den ersten Anzeichen an verfolgt wurde, hat zu einer Spaltung der Partei geführt. De facto gibt es im Sowjetstaate jetzt zwei kommunistische Parteien; denn die neue Gruppe der marxistischen, radikalen „Kommunisten-Kollektivistin“ kann nicht als untergeordneter Teil eines Ganzen, sondern als oppositioneller, selbständiger, politischer Faktor gelten. Bucharin, ehemals der Theoretiker der Partei, kündigt in der „Prawda“ die Gründung der neuen Gruppe an, d. h. erklärt damit die Eröffnung des Kampfes. Was von der Lenin-Partei des neuen Wirtschaftskurses und der „Produktions-Demokratie“ mit den erwähnten Verhaftungen und Verschickungen beantwortet wurde. 21 leitende Parteimitglieder sind auf neue Posten in die entferntesten Provinzen versetzt worden. Darunter der Führer der syndikalistischen Gruppe der „Arbeiteropposition“ Schlapnikow und der radikale Ssaprnow, beide

bisher Mitglieder des Vorstandes des Obersten Volkswirtschaftsrates, also der Regierung. Die Namen der Verhafteten werden, nach bewährter Sitte, geheim gehalten. Die Verfolgung der radikalen Marxisten ist gewissermaßen „gesetzlich“, da der letzte X. Parteikongreß die Bildung neuer Gruppen und Fraktionen sowie jede Opposition gegen die Parteileitung streng verboten hatte. Damals konnte durch Drohungen eine Spaltung der herrschenden, den Staat darstellenden Partei vermieden werden. Seitdem hat Lenin den neuen Kurs der Wiederherstellung des Kapitalismus mit seiner ganzen Energie durchgesetzt. Soll der Kommunismus gerettet werden, so war es daher jetzt höchste Zeit. Die radikalen Kommunisten wußten, was sie riskierten. Sie werden die Kampfessansage, d. h. die Spaltung, nicht gewagt haben, wenn sie nicht glauben, wenigstens einzelne der realen Machtfaktoren auf ihre Seite herüberziehen zu können. Ob ihnen dies gelingen wird, ist eine andere Frage. Die Scheidung der Geister ist deutlich: Bucharin und die Extremen des Marxismus und Sinowjew mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale, welches ja auch gegen Lenins Politik protestiert hat, auf der einen Seite — Lenin, Tschitscherin, der Volkswirtschaftsrat und die zahllosen Interessenten des neuen Kurses, Beamte und Pächter der entnationalisierten Betriebe usw. auf der anderen. Auf die Stimmung des russischen Volkes, die Händler und Bauern kommt es vorläufig noch nicht an. Sondern nur auf die realen Machtfaktoren, d. h. die anderen Führer, die Außerordentliche Kommission und die Rote Armee, die Trotzki befiehlt. Trotzki hüllt sich in Schweigen; Radek enthüllt vorläufig noch die „Stinnes-

regierung ohne Stinnes“ und schreibt langatmige Leitartikel zur Weltlage. Von Troßki, seinen bewaffneten Nutznießern der Sowjetregierung in der Armee und der „Tscheka“ wird alles abhängen, — vor allem auch die Haltung der Massen in der Partei. Vor dem letzten Parteikongresse gelang es Lenin durch geschickte Stimmungsmache und eifriges Werben seiner Freunde, ihm genehme Wahlen vorzubereiten. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders: die kommunistische Partei hat in den letzten Monaten einen eigenartigen Reinigungsprozeß durchgemacht. Bis in die kleinsten Parteizellen hinein hat eine genaue Musterung der Parteiglieder stattgefunden; die Vergangenheit, Haltung und Gesinnung jedes einzelnen ist durchforscht worden und alle lauen, zweideutigen und fragwürdigen Elemente, besonders jedoch die Opportunisten, die als „Oktoberbolschewisten“ (ähnlich unseren Novembersozialisten) verdächtig waren, sind ausgestoßen worden. In einzelnen Bezirken hat der Parteibestand eine Verringerung um 40—60 % erfahren; zahlreichen kompromittierten Mitläufern, Gesetzesverächtern und gefährlichen Subjekten ist der Prozeß gemacht worden. Diese gereinigte Partei ist somit eine einheitlichere, wenn auch verkleinerte, so tatkräftigere und verlässlichere geworden. Die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung nach dieser Reinigung läßt sich daher in keiner Weise voraus berechnen. Allerdings scheinen Bemühungen vorzuliegen, die Wahlen zu beeinflussen. Es sind sehr eigenartige Direktiven erteilt worden, denen zufolge der Parteikongreß in verstärktem Maße von den roten Truppenteilen beschickt werden soll, denen eine erhöhte Vertreterzahl zugebilligt wurde. Es heißt in diesen Verfügungen, es käme nicht so sehr auf die Vornahme geregelter Wahlen, als auf die Entsendung prinzipientreuer Kommunisten an usw. Demnach spitzt sich alles immer mehr auf eine Machtprobe der beiden Richtungen zu, wenn das Ringen um die Seele der Kommunisten, das bereits seit Monaten begonnen hat, kein eindeutiges Resultat ergibt. Gegenwärtig ist Lenin bestrebt, den Beweis zu erbringen, der neue Kurs bedeute nur eine andere, praktische Auffassung des Kommunismus und entspreche dem Marxismus. Mit haarscharfer Dialektik sucht Lenin zu beweisen, daß alle vorhergehenden Irrtümer, die niemand offener zugibt wie er selbst, die Richtigkeit marxistischer Postulate nicht erschüttert hätten und jetzt der Kapitalismus wiederhergestellt werden müsse, damit später um so erfolgreicher der wahre Kommunismus durchgeführt werden könne. Er ist eben nicht nur einer der ausgesprochensten Real- und Machtpolitiker der neuesten Zeit, sondern auch ein unendlich geschickter, überlegener Führer des Volkes. Er erschüttert die Ideale nicht, er läßt sie den Massen in höchstem Glanze vorleuchten, um das Mandat zu erhalten — in der Gegenwart völlig anders zu handeln. Das Proletariat errang die Macht, um den Sozialismus zu verwirklichen — seine Führer vernichten den Sozialismus, um an der Macht zu bleiben: oder, um nach Lenins Worten, in ferner Zukunft ihn endgültig zu verwirklichen. Und deshalb erklärt Lenin heute: „Rußland wird keine Kommune, sondern ein Engroskaufmann sein!“

Diese sachlich unentrinnbaren Konzessionen an die Wirklichkeit wollen die Marxisten nicht mitmachen. Sie ziehen es vor, unterzugehen, als Abtrünnige zu werden. Da ist denn jeder Kompromiß ausgeschlossen: die innerpolitische Lage duldet keine Spaltung der Partei. Gelingt es die Opposition der Radikalen zu vernichten, so steht einer vollen Rückkehr zum Kapitalismus nun nichts mehr im Wege; dann erst haben die Abmachungen mit dem Auslande einen Sinn, dann erst gewinnt die Erklärung, die Staatsschulden Rußlands zu zahlen, Bedeutung; dann erst ist es weitergehend wie bisher möglich, sich auf engere Handelsverbindungen mit Rußland einzulassen. Denn

dann braucht Lenin keine Rücksichten mehr auf die letzten Reste kommunistischer Ideen und Einrichtungen zu nehmen. Gelingt es die Bucharin und Kollektivistischen, die Internationale und die Marxisten zu bändigen, dann ist es aber auch aus mit der Idee des wirtschaftlichen Kommunismus, wie mit dem Marxismus. Wie die deutschen Mehrheitssozialisten de facto auf den Marxismus verzichtet haben und praktische Politik im demokratischen Staate treiben wollen zum Schutze der Republik — so dürfte auch fürderhin in Rußland nicht mehr von diesen ausgelebten Dingen die Rede sein. Über meine Argumentierung, daß sich mit der Lehre Marxens eine Lokomotive nicht reparieren ließe, erklärten auch deutsche Kommunisten diskutieren zu wollen. Allerseits rückt man eben ab vom Traume und der Heilslehre von gestern. Aber was wird geschehen, wenn es nicht gelingt, einen 9. Thermidor herbeizuführen, wenn nicht die Männer des Extrems, sondern die Gemäßigten gestürzt werden? Denn nachgeben kann Lenin, menschlicher Voraussicht nach, nicht: dazu hat er sich zu sehr festgelegt, seine kommunistische Vergangenheit zu heftig verleugnet.

An diesem Kampf hängt Rußlands Schicksal, wie dasjenige der kommunistisch-marxistischen Bewegung in aller Welt. Keine der russischen Parteien erscheint bereit und fähig, die Regierung zu übernehmen. Die Bauernschaft erscheint unorganisiert. Die Unruhen im Süden Rußlands, erneut hervorgerufen durch des Ukrainers Petljura Einfall in Podolien und Wolhynien, finden allerdings die Unterstützung der Bauern, doch heißt dies noch keineswegs, daß man im Dorfe an eine allgemeine Erhebung denkt. Im Gegenteil, in Stadt und Land, besonders jedoch in den Hauptstädten, ist alles revolutionsmüde und sehnt Ruhe und eine langsame Entwicklung der Dinge herbei. Andererseits sind in den Sowjetrußland noch verbliebenen Randgebieten neue Absplittierungsbestrebungen festzustellen gewesen. Alle Nichtgroßrussen rebellieren gegen den Zentralismus der bolschewistischen Regierung; diese ist daher genötigt, eine, wenigstens nominell autonome, Sowjetrepublik nach der anderen innerhalb der Reichsgrenzen anzuerkennen. Es wäre daher richtiger, Sowjetrußland als „Vereinigte Sowjetstaaten Rußlands“ zu bezeichnen. Die Sowjetregierung hat folgende unabhängige und autonome Republiken und Arbeitskommunen anerkannt:

1. **Unabhängige Republiken.** Aserbeidschan, Armenien, Weißrußland, Georgien, Ukraine, Buchara, Chiwa. Diese sozialistischen Sowjetstaaten haben enge Wirtschaftsverträge mit Rußland geschlossen, gelten jedoch als souverän und haben eine selbständige innere und äußere Politik.

2. **Autonome Republiken.** Baschkirien, Gorsk (Bergrepublik des mittleren Kaukasus), Dagestan, der Kirgisenstaat, der Tatarenstaat und Turkestan. Die autonomen Republiken werden von ihren Sowjetkongressen, Zentralexekutivkomitees und vom Rate ihrer Volkskommissare verwaltet. Diese Organe entscheiden alle Fragen, die nicht der direkten Kompetenz der Zentralorgane der russischen Republik unterstehen. Alle Beziehungen zum Auslande regelt das Volkskommissariat des Auswärtigen in Moskau.

3. **Autonome Gebiete der Wotjaken, Kalmücken, Mari und Tschuwaschen.** Arbeitskommunen der Karelrier und Wolgadeutschen.

Die autonomen Gebiete und die Arbeitskommunen besitzen lokale Selbstverwaltungskörper, Sowjetkongresse und Komitees, die in rechtlicher Hinsicht den Gouvernements-Exekutivkomitees gleichgestellt sind.

Dr. Hans von Eckardt

Vereinigte Staaten

Die große amerikanische Maisernte und ihre Bedeutung für die Fleischversorgung der Welt

Die Aussicht auf eine Maisernte allein in den Vereinigten Staaten im Umfange von 3,152 Milliarden Bushels, dazu die Berichte über eine günstige Welternte in Weizen und Reis lassen mit fast absoluter Sicherheit annehmen, daß der Weltvorrat an Brot und Fleisch trotz des starken Ausfalls auf Grund der russischen Mißernte kaum hinter der Versorgung in normalen Zeiten zurückbleiben wird. Eine Maisernte von allein über 3 Milliarden Bushels in den Vereinigten Staaten entspricht einer Welternte an Mais von 4 Milliarden Bushels: denn die Vereinigten Staaten ernten für gewöhnlich drei Viertel der gesamten Welternte an Mais.

Diese große Maisernte garantiert wiederum, nach einem Bericht der National City Bank in New York, eine ungewöhnlich gute Fleischversorgung der Welt, besonders mit Schweinefleisch; denn der in den Vereinigten Staaten gebaute Mais wird zu einem sehr großen Teile auf den Farmen zur Schweinemästerei verfüttert und das so gewonnene Fleisch gelangt nach allen Teilen der Welt zur Versendung und zwar in weit größerem Wert als der des Mais in seinem unverarbeiteten Zustand. Angesichts der in der Folge des Krieges veränderten Produktions- und Transportbedingungen in Europa hat die Nachfrage der Welt bei den Vereinigten Staaten nach Brot und Fleisch, wie sie in diesem Umfange eigentlich erst nach dem Kriege eingesetzt hat, bis heute nicht aufgehört und die ungewöhnlich reiche diesjährige Maisernte der Vereinigten Staaten bedeutet, daß Amerika in fast noch höherem Maße als bisher der Nachfrage der Welt nach Brotgetreide und Fleisch zu entsprechen in der Lage sein wird. Schon haben in den neun Monaten des laufenden Jahres — soweit liegen genaue Berichte vor — die Vereinigten Staaten mehr Mais ausgeführt als jemals seit 1916 in zwölf Monaten, während der Wert der Ausfuhr an Schweinefleisch und daraus hergestellten Erzeugnissen bis zum 1. 10. um 20 % größer war, als in den gleichen Monaten des Jahres 1920, und zwar trotzdem der Wert infolge des Preisrückgangs etwas geringer geworden ist. Selbst bei den reduzierten Preisen von Weizen und Mais wird die Jahresausfuhr von Schweinefleisch, das in der Hauptsache durch die Verfütterung von Mais gewonnen wird, und den daraus hergestellten Fleischwaren einen Wert von nahezu

300 Mill. \$ und die in unverarbeitetem Zustande ausgeführten Maismengen einen Wert von annähernd 100 Mill. \$ haben. Der Wert der Schweinefleischausfuhr der Vereinigten Staaten im Jahrzehnt 1910—1920 betrug demgegenüber insgesamt nur etwas über 3 Milliarden \$ und der der Maisausfuhr rund 400 Mill. \$. Die weite Verteilung, die der amerikanische Mais in Form von Schweinefleisch erfährt, wird daraus ersichtlich, daß im Jahre 1920 amerikanischer Speck nach 90 verschiedenen Staaten bzw. Kolonien zur Ausfuhr gelangte, Schinken nach 85, Schweineschmalz nach 88 und Wurstwaren nach 83 Ländern.

Die gewaltige amerikanische Maisernte bringt es mit sich, daß von allen Staaten der Welt die Vereinigten Staaten über die größte Anzahl von Schweinen verfügen; denn die Schweinemästung ist der beste Prozeß, Mais in menschliche Nahrung umzusetzen, besonders soweit diese in einen exportfähigen Zustand überführt werden soll, und Mais ist das weitaus beste Futtermittel für Schweine mit Ausnahme des „Speckschweines“, das in der Hauptsache mit anderen Getreidesorten, wie Weizen, Gerste, Roggen, bei einer Zugabe von Erzeugnissen der Milchwirtschaft gemästet wird; infolgedessen wird das „Speckschwein“ auch mehr in den nördlich vom eigentlichen amerikanischen Maisanbaugebiet gelegenen Staaten gezüchtet, wo mehr die eben genannten Getreidesorten angebaut werden. Dieser enge Zusammenhang zwischen der Schweinezucht und dem Anbau von Mais als dem besten Futter hat dazu geführt, daß gleichzeitig mit der Zunahme des Maisanbaus in den Vereinigten Staaten auch die Zahl der Schweine zugenommen hat, und daß infolgedessen die Vereinigten Staaten bei einer Maisernte von drei Vierteln der gesamten Welternte an Mais über die Hälfte des Schweinebestandes der Welt verfügen.

Erst in den allerletzten Jahren hat die amerikanische Maisernte 3 Milliarden Bushel überschritten. Zurzeit beträgt die Maisernte der Welt unter normalen Umständen (in Mill. Bushel): Vereinigte Staaten 3 000, Europa als Ganzes 500, Argentinien 300, Asien als Ganzes 100, Afrika rund 75.

Die Maisernte nimmt in den Vereinigten Staaten dem Werte nach den ersten Platz unter den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein — vor Heu, Baumwolle und Weizen, die an zweiter, dritter und vierter Stelle folgen.

F. P.

Niederländisch-Indien

Volkszählung — Budget — Petroleum: Ausfuhrzölle, Regierung und Djambi — Zucker — Kautschuk — Tabak: die Konzentrationsbewegung und die Produktion — Ausfuhr von Java und Madura 1920 und 1921 — Preise der Kolonialprodukte — Banken — Die deutsche Eisenindustrie und Java

Amsterdam, Anfang Dezember 1921.

Die Ergebnisse der am 20. 11. 20 gehaltenen Volkszählung des niederländisch-indischen Teiles des Reichs (der Ausdruck „Kolonien“ soll, dem Wunsche der Zweiten Kammer zufolge aus der revidierten Verfassung der Niederlande verschwinden) liegen nunmehr vor. Es beträgt die Einwohnerzahl von Java und Madura zusammen 35 017 204, die der sogenannten „Außenbesitzungen“ (mit Ausnahme zweier Landstriche, für die das Ergebnis noch nicht feststeht) 14 143 843, zusammen also nicht viel weniger als 50 Mill. Menschen. Die Zahlen sind in den letzten Jahren stark gestiegen.

Das der Zweiten Kammer vorliegende Budget weist folgende Ziffern auf (in Mill. fl.):

	Niederl.-Indien	Niederlande	Zusammen
Ausgaben.....	710,3	214,4	924,7
Einnahmen.....	690,5	44,0	734,5

Demnach Defizit 190,2 Mill. fl, wovon auf das ordentliche Budget 61,1, auf das außerordentliche Budget 119,3 und auf Flottenausdehnung 9,8 Mill. fl. entfallen.

Die Einnahmen stellen sich um 62,5 Mill. fl. niedriger als der von dem Indischen Volksraad festgestellte Budgetentwurf vorsieht. Seit Errichtung dieser halbparlamentarischen Kör-

perschaft wird das indische Budget erst ihr zur Begutachtung vorgelegt und die von ihr ausgesprochenen Wünsche sollen von dem Parlament des Mutterlandes soviel als möglich berücksichtigt werden. Bisher hat der Volksraad nach dem Urteil befugter Kreise seine Aufgabe sehr gut gelöst.

Der erwähnte Unterschied von 62,5 Mill. fl in den Einnahmeschätzungen durch den „Volksraad“ und durch die holländische Regierung muß überraschen. Sie findet ihre Aufklärung zum allergrößten Teil in den auseinandergehenden Auffassungen der Regierung und des Volksrates hinsichtlich der Besteuerung des Petroleums und der Petroleumpolitik überhaupt. Der Volksraad hatte einen Antrag des Abgeordneten Vreede (freisinnig) angenommen, der sich für eine starke Erhöhung der Exportabgaben auf Petroleum und Petroleumprodukte aussprach, welche nicht weniger als 53,9 Mill. fl erbringen sollte. Diese Erhöhung der Ausfuhrabgaben erachtet die Regierung als undurchführbar. Sie hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die jetzt bestehenden, gegen früher bereits ziemlich stark erhöhten Ausfuhrzölle auf Petroleum im Lauf der Zeit abzuschaffen resp. durch eine Besteuerung der Betriebsgewinne zu ersetzen. Dies geschah unter dem Druck der Darlegungen der großen Gruppe der „Koninklyke Petroleum“, die seit einiger Zeit eine überaus scharfe Sprache gegen die Steuerpolitik der Regierung führt. In allen Äußerungen, die von offizieller Seite dieser mächtigen Gruppe kamen, wurde auf eine Änderung der Abgabenpolitik angedrungen und darauf hingewiesen, daß die Regierung darauf ausgehe, die Henne, welche die goldenen Eier legt, zu schlachten. Die letzten Äußerungen, die in dieser Hinsicht vorliegen, sind ein Interview des Generaldirektors der Koninklyke an ein hiesiges Finanzblatt, die Mitteilungen, die er anlässlich einer Generalversammlung der Koninklyke vor ein paar Tagen machte, die Worte, mit denen die Ankündigung der 15 % Interimsschuldende, die die Koninklyke im Januar bezahlen wird, begleitet wurde, und die dahin lauteten, daß zu den Gewinnen, die diese Auszahlung ermöglichen, der niederländisch-indische Betrieb nichts beigetragen habe usw. Es ist eine lange Kette von Äußerungen und Handlungen, bestimmt, der Öffentlichkeit und der Regierung zu beweisen, daß sie sich mit ihrer Steuerpolitik auf einem, für die niederländisch-indische Petroleumindustrie verhängnisvollen Irrwege befinde und die immer wieder auf das Argument hinausliefen, daß der Betrieb infolge der Besteuerung unrentabel werde, weshalb die Gesellschaft sich gezwungen sehe, ihn einzuschränken oder einzustellen, auch zu verlegen usw. Daß dabei vielfach die Auffassung zutage tritt: „Wer nicht für die Koninklyke ist, ist für die Standard Oil“, wird bei Pressepolemiken nicht überraschen. Hier sei deshalb ohne eigene Stellungnahme einfach referierend der Tatsachen gedacht. Und da kann nicht verkannt werden, daß der so heftige Streit der Koninklyke gegen die im Mai eingeführten erhöhten Ausfuhrabgaben in der Tat erst dann begonnen hat, als der Djambigesetzentwurf in der Zweiten Kammer angenommen worden war. Die Regierung hatte sich bei ihrer Befürwortung des Abkommens vor allem durch die Erwägung leiten lassen, daß sie dadurch besser und schneller als bei reinem Staatsbetrieb zu reichlichen Erträgen gelangen würde, die die indische Staatskasse recht gut gebrauchen kann. Nun wurde, wie aus dem „Vorläufigen Bericht“ (d. i. ein Bericht über die Beratung der betreffenden parlamentarischen Kommission) hervorgeht, von einer Anzahl Mitglieder die Meinung geäußert, „das Vertrauen, daß man in der Bataafsche Petroleum Mij. (die Betriebsgesellschaft der „Koninklyke“) einen Partner gefunden habe, der die Ausbeutung der Djambifelder mit gehöriger Beschleunigung in die Hand nehmen würde, sei aufs krasseste erschüttert“. Angesichts der Wichtigkeit der Er-

schließung der Djambifelder sowie des indischen Betriebes der Koninklyke überhaupt, seien aus diesem „Vorläufigen Bericht“ noch auf die zitierte unmittelbar folgenden Stellen in möglichst wörtlicher Übersetzung wiedergegeben, zumal daraus der Standpunkt beider Parteien recht gut hervorgeht:

„Kaum war der Djambientwurf in den Generalstaaten angenommen, als die Zeitungen berichteten, daß die Bataafsche mit der Einschränkung ihrer Tätigkeit in Niederl. Indien begann. Jetzt ist es selbst soweit gekommen, daß die Gesellschaft mit der Drohung, die Petroleumproduktion in Niederl. Indien zu vermindern, auf die Regierung Zwang auszuüben trachtet, um zu verhindern, daß das Ausfuhrrecht auf Petroleum erhöht werde.“

Die hier das Wort führenden Mitglieder waren der Meinung, daß alles, was nach der Annahme des Djambientwurfes geschehen ist, genügenden Anlaß bieten kann, um, wenn möglich, den genommenen Beschluß rückgängig zu machen. Es kann nicht ohne weiteres zugelassen werden, daß die Annahme dieses Gesetzentwurfes dazu führen soll, daß die Djambifelder nicht kräftig erschlossen werden. Jedenfalls würden sie gern hören, wie weit die Ausführung des Djambigesetzes gefördert ist. Insbesondere wünschen sie zu wissen, ob die Ned. Indische Aardolie Mij. (d. i. die vorgesehene Gesellschaft, die die Djambifelder ausbeuten soll und an welcher der Staat und die Bataafsche beteiligt sind) schon gegründet wurde, welche Abmachungen mit der Bataafsche getroffen sind und auf welche Weise die von seiten der Regierung einem Kammermitglied . . . gegebene Zusage, daß eine juristisch schärfere Umschreibung für den Gewinnanteil der Regierung gefunden werden sollte, zur Ausführung kam.

Andere Mitglieder urteilten, daß in dem bisher durch die Bataafsche Getanem kein Anlaß liegt, den gefaßten Beschluß zu bedauern. Die Aktion der Gesellschaft gegen die geplante Ausfuhrabgabe kann bei der Beurteilung der Frage, ob die genomme Entscheidung wünschenswert ist oder nicht, kein Gewicht in die Waagschale werfen. Demgemäß besteht auch für ein Rückgängigmachen des Beschlusses keinerlei Veranlassung. Dies würde freilich auch schwierig genug sein, wenn die nötigen Verträge schon geschlossen sind. Die betreffenden Mitglieder möchten indessen hierüber gern Auskunft erhalten und ebenso hören, inwieweit die vorgenommene Einschränkung des Betriebes der Bataafsche auf die Ausbeutung der Djambifelder Einfluß üben kann.

Einige Mitglieder, die bei der Annahme des Djambientwurfes mitgewirkt hatten, erklärten ebenfalls, durch den Gang der Dinge tief enttäuscht zu sein. Die Haltung der Gesellschaft nannten sie in hohem Maße verurteilenswert.

Andere Mitglieder schlossen sich u. a. dem Ersuchen um Auskunft hinsichtlich der Ausführung des Djambigesetzes an. Wenn daraus hervorgehen sollte, daß die Gesellschaft es unterlassen hat, die in Aussicht gestellte Mitarbeit zu gewähren, dann würden sie dieses Vorgehen verurteilen müssen.“

Ergänzend sei beigelegt, daß der Generaldirektor der Koninklyke, Herr Deterding, in der erwähnten Generalversammlung mitteilte, daß die Djambivorarbeiten gute Fortschritte machen und daß man hoffe, dieser Tage die offizielle Gründung der Gesellschaft vornehmen zu können.¹⁾

Zur Frage der Erhöhung der Ausfuhrzölle brachte der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ dieser Tage eine Zuschrift des Urhebers des „Amendements Vreede“. Danach hat die Koninklyke die vorgelegten Berechnungen, wonach der indische Betrieb derartige Abgaben (Ertragsschätzung 53,9 Mill. fl) wohl vertragen könnte, niemals widerlegt; wenn die Gesellschaft in Indien nichts verdiene, beruhe dies darauf, daß diese Gewinne bei irgendeiner anderen, an anderem Orte arbeitenden Gesellschaft in Erscheinung treten, wozu das sehr ausgebreitete Schachtelsystem der Koninklyke die Möglichkeit biete. Man darf auf die Antwort der Koninklyke gespannt sein.

¹⁾ Über die nicht indischen Angelegenheiten der „Koninklyke“ soll in einem nächsten Berichte einiges mitgeteilt werden.

Das Verkaufssyndikat der Java-Zuckerproduzenten, die V. I. S. P., hat nach einigem Zögern nunmehr Verkäufe vorgenommen. Diese beliefen sich bis 25. 11. auf 1 322 000 Pikuls; die Preise stellten sich für „Supérieur“ auf etwa 12 fl und etwas darüber, für die anderen Sorten nach Verhältnis. Da es gelungen ist, die Produktionskosten für Zucker sehr erheblich zu vermindern, ist bei diesen Verkaufspreisen ein durchaus annehmbarer Gewinn für die der V. I. S. P. angeschlossenen Unternehmungen zu erwarten. Die letzten Nachrichten vom Zuckermarkte lauten allerdings weniger günstig, die Preise bewegen sich in etwas sinkender Richtung, allerdings ohne daß es dabei zu größeren Verkäufen kommt. Der ständig sinkende New Yorker Preis für Kubazucker übt natürlich seinen Einfluß auf die Tendenz des Javazuckers, wenngleich Absatzgebiet und Qualität der beiden Provenienzen ziemlich verschieden sind.

Die Preise für Kautschuk zeigen eher etwas steigende Tendenz. Die Rubber Growers' Association hat sich an ihre Mitglieder gewendet, um die bestehenden Anpflanzungsbeschränkungen auch auf einen weiteren Zeitraum zu erstrecken. Die Vorräte in Amerika sollen überaus gesunken sein, und so finden wieder Verkäufe statt, die den mit niedrigen Produktionskosten arbeitenden Gesellschaften wieder, wenn auch bescheidene, Gewinne übrig lassen dürften.

In der Nr. 27 vom 8. 7. dieses Jahres war von der Konzentration im Sumatratobakbau bereits die Rede. Diese Bewegung, die immer deutlicher darauf hinweist, daß der ganze Sumatratobakbau in die Hände von drei oder vier großen Gesellschaften gelangt, die überdies auch gemeinsame Interessen in der gemeinsam gegründeten Cultuur Mij. „De Oostkust“, besitzen, hat weiteren Fortgang gemacht. Die „Oostkust“ übernimmt, nachdem sie sich unmittelbar nach ihrer Gründung die Rotterdam-Deli angegliedert hatte, nunmehr die Tabakbesitzungen zweier englischer Unternehmungen: die der Bah Lias Tobacco & Rubber Estates und die der Wampoe Tobacco & Rubber Estates. Die beiden letztgenannten Gesellschaften sehen sich zu diesem Verkaufe wohl deshalb veranlaßt, weil sie für ihre Kautschukpflanzungen größere Geldmittel nötig haben, als ihnen auf andere Weise zur Verfügung stehen. Es verlautet, daß der Kaufpreis 1,5 Mill. fl plus Vorauslagen für die Tabaksernten 1921/23 betragen soll, die sich selbst wieder auf annähernd denselben Betrag stellen dürften. Die „Oostkust“ erhält die erforderlichen Mittel durch ihre vier Aktionäre, nimmt also keine Kapitalserhöhung vor.

Eine solche findet aber im Zusammenhang mit einer anderen Übernahme, bei der Senembah Mij. statt. Diese erwirbt gegen je eine ihrer eigenen Aktien zu 1000 fl sechs Aktien zu je 600 fl der Amsterdam-Serdang Tabak Compagnie, eines kleineren, gleich der Senembah im Serdanggebiete arbeitenden Unternehmens. Diese Übernahme sichert der Senembah ein praktisches Monopol im Serdanggebiet.

Die Produktion der einzelnen Sumatra-Gesellschaften, die erzielten Preise usw. zeigt nachstehende Übersicht: Tabakverkäufe 1921 (offizielle Angaben).

	Pack	Preis ct für 1/2 kg
Amsterdam-Serdang Tabak Cie.	3 078	223
Bah Lias Tobacco & Rubber Estates Ltd.	1 494	260
Cultuur Mij. „De Oostkust“	9 442	179
Deli Batavia Mij.	26 483	302
Deli Mij.	46 114	259
Handelsvereniging „Amsterdam“	2 252	141
Holland-Deli Cie.	1 787	214
Holland-Sumatra Tabak Mij.	1 690	204
Medan Tabak Mij.	9 177	320
Neederland Langkat Cultuur Mij.	1 545	125
Rimboen Tabak Mij.	1 623	200
Senenibah Mij.	18 144	401

	Pack	Preis ct für 1/2 kg
Serdang Cultuur Mij.	1 999	274
Shanghai Sumatra Tobacco Co. Ltd.	1 512	212
Soengei Lipoet Cultuur Mij.	907	198
Tabak Mij. „Arendsburg“	11 755	375
Tabak Mij. „Krapoh“	2 353	116
Tabak Mij. „Tjinta Radja“	2 644	344
Wampoe Tobacco & Rubber Estates Ltd.	1 508	173
Zusammen	145 507	284

Der Ausfuhrhandel von Java und Madura nahm in Wertzahlen (Mill. fl) folgende Entwicklung:

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
317,1	335,7	432,9	509,9	451,4	351,0	1397,9	1501,8

Hierzu bemerkt „In- en Uitvoer“, dem diese Zahlen zum Teil entnommen sind, daß die Steigerung von 1919 auf 1920 ausschließlich die Folge der sehr hohen Zuckerpreise ist. Die Ausfuhr in 1920 hatte, geordnet nach dem Werte der Artikel, folgende Gestaltung (in Mill. fl):

Kristallzuck.	1049,3	Kaffee	35,3	Kapok	13,8
Kautschuk	66,9	Tee	35,2	Häute	11,2
Kokosöl	49,2	Chinarinde u. Chinin	27,7	Melasse	10,6
Tabak	45,6	Kopra	25,4	And. Artikel	73,1
Zinn	43,6	Tapioka u. Sagoprod.	14,4	Zns.	1501,8

Ferner geordnet nach der Wertmenge, die nach den einzelnen Ländern ging (in Mill. fl):

Ägypten (+ Durchfuhr Europa)	258,7	Japan	116,4	Schweden	20,9
Ver. Staaten	257,4	Hongkong	115,5	Frankreich	16,9
Brit.-Indien	195,4	Australien	76,9	Finnland	10,7
Niederlande	172,0	Singapore	58,9	And. Länd. (wo bei Deutschland 5)	31,0
England	121,2	Norwegen	25,5		
		Italien	24,4	Zns.	1501,8

Für das Jahr 1921 stehen für Ein- und Ausfuhr die Mengenziffern der verschiedenen Artikel bis einschließlich Juli zur Verfügung.

Außenhandel von Java und Madura im ersten Halbjahr 1921:

Einfuhr				Ausfuhr			
Artikel	Maß	1920	1921	Artikel	Maß	1920	1921
Petroleum und Petrol-Prod.:				Erdnüsse, gesch. u. ungesch. t	8 098	6 627	
Leuchtöl 1000 l	4 902	26 920		Petrol-Prod.:			
Schmieröl . . t	2 544	13 185		Resider 1000 l	21 456	3 941	
Autoreif. 1000 St.	114	147		Schmieröl. t	2 534	791	
Bier aller Art 1000 l	2 654	4 495		Paraffin . . t	1 538	2 422	
Butter (Kunst) t	56	79		Kakao t	392	575	
Zement 1000 Faß	454	273		Kautschuk . . t	19 511	15 984	
Kognak . . 1000 l	135	192		Kopra t	33 716	40 447	
Baumwollwaren:				Häute (Kuh, Büffel) t	2 707	1 102	
roh, ungebl. 1000 fl.	24 395	17 057		Kapok t	8 207	9 256	
gebleicht	40 888	38 677		Chinin t	192	159	
gefärbt, bedruckt usw.	55 223	38 341		Kaffee (Java) t	1 434	465	
Kunstdünger . . t	48 837	36 954		„ (Liberia) t	138	64	
Stahl- u. Eisenstäbe, Platten usw. t	23 014	47 682		„ (Robusta) t	25 994	9 133	
Stahl- u. Eisen- drahtstifte Faß	59 032	98 700		„ (anderer) t	1 172	1 982	
				Kokosöl. 1000 l	44 915	30 308	
				Pfeffer, schwarz t	3 949	6 232	
				Spiritus. 1000 l	9 373	4 374	
				Zucker t	556 347	641 073	
				Tabak (Krossch) t	57 809	20 990	
				„ (Blatt) . . t	11 971	5 090	
				Tapiokamehl t	33 667	22 670	
				Tee t	27 787	16 604	
				Zinn t	8 345	5 438	

Die Preise der wichtigsten Kolonialprodukte stellten sich im laufenden Jahre folgendermaßen:

Preise einiger wichtiger niederländisch-indischer Kolonialprodukte:

Artikel	Platz	Usance	tiefste Notierung	höchste Notierung	letzte (30./11.) Notierung
Kaffee.....	Amsterdam	ct je 1/2 kg			
Robusta.....		fob	29	31	30
Santos.....		loko	35	38	38
Kopra.....	Batavia	fl je Pikul Nov./Dez.	13 1/2	22 1/2	ca. 13 1/2
Petroleum.....	New York				
Pennsylv.-Rohöl.....		\$ je Faß	2,25	6,10	4,—
Raff. in Kisten.....		\$ct je Gall.	16,50	26,50	18,50
Rubber.....	Amsterdam	ct je 1/2 kg			
Standard crêpe.....			37 1/2	77	57
Smoked sheet.....			37	71	57
Zucker, roh, cif Europa.....	London	s je % Dez./Jan.	14/9	43/—	20/—
„ zentrifug.	New York	\$ct Januar	2,16	2,45	2,17
Zinn, Banka.....	Amsterdam	fl je 50 kg Dez.	91	125 7/8	93 1/2

Gegenwärtig wird bei der Zweiten Kammer über die Erneuerung des Konsignationskontraktes beraten, den der Staat mit der Nederl. Handel-Mij. für die Ausfuhr bestimmter Kolonialprodukte schließt. Über das Ergebnis werden wir noch berichten, ebenso auch über den Abschluß der Verhandlungen hinsichtlich der Erneuerung des Privilegs der Javasche Bank. Aus dem Verlaufe der Beratungen im „Volksrat“ über letzteren Gegenstand sei indessen erwähnt, daß für den aufgeworfenen Gedanken der Errichtung einer Staatsbank auf Java die Regierung nicht zu haben war. Auch die Frage der Unabhängigkeit der Bank von der Regierung wurde gestreift, dies insbesondere auch im Zusammenhang damit, daß der neue Gesetzentwurf eine Beteiligung der Regierung an der Bank mit 3 Mill. fl vorsieht. Die bisherige Tätigkeit der Bank fand Bei-

fall. Schließlich wurde der Gesetzesvorlage durch den Volksraad zugestimmt, der überdies den Wunsch aussprach, daß der Bank eine gesetzliche 40 % Metalldeckung vorgeschrieben werde. Der neue Gesetzentwurf sieht eine nicht unerheblich höhere Gewinnbeteiligung des Staates vor als bisher.

Errichtet wurde eine Nederlandsch-Indische Bankiersvereniging zu Batavia, die als Vertretung der in Indien arbeitenden Banken anzusehen ist, und unter anderem auch auf Gleichheit der Konditionen hinwirken soll. In Weltevreden wurde die Niederl.-Indische Abteilung der Netherlands Chamber of Commerce zu New York gegründet, die den Handel zwischen Niederländisch-Indien und den Vereinigten Staaten befördern soll.

In Cheribon wird eine deutsche Fabrik für den Bau von Eisenbahnmaterial errichtet. Diese Mitteilung steht jedenfalls im Zusammenhang mit der Tatsache, daß es der Rhein-Siemens-Elbe-Schuckert-Union gelungen ist, einen großen Auftrag auf Waggons zu erhalten. Es dürfte dem Konzern die Lieferung von 700 Waggons und 8000 t Eisenprodukten zugefallen sein. Der nächste Bedarf Niederländisch-Indiens an diesen Artikeln soll sich aber auf 5000 offene und gedeckte Waggons und viel größere Mengen von Eisenerzeugnissen erstrecken. Der Stinnes-Konzern erhielt den Auftrag unter der Bedingung, daß die Erzeugung der vergebenen Artikel in Indien selbst erfolgen müßte.

Dr. Wilh. Mautner

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Parität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
13. 12.	13. 12.	13. 12.	13. 12.	13. 12.
M	M	M	fl	fr
Berlin..... 100 M	100,—		1,55	2,95
Wien..... 100 K neu.	85,—	6,87 1/2	6,80	0,20
Budapest... 100 K	85,—	25,50	25,50	0,70
Prag..... 100 K	85,—	230,—	227,—	6,30
Bukarest... 100 K	85,—			0,17
Amsterdam. 100 fl	168,75	6787,50	6725,—	186,50
Kopenhagen. 100 Kr	112,50	3545,—	3625,—	98,50
Stockholm.. 100 Kr	112,50	4365,—	4630,—	68,—
Kristiania.. 100 Kr	112,50	2845,—	2835,—	41,50
Helsingfors. 100 FM	81,—	337,50	334,—	
Zürich..... 100 fr	81,—	3637,50	3640,—	53,80
Madrid..... 100 Pesetas	81,—	2800,—	2410,—	76,50
Rom..... 100 Lire	81,—	867,50	889,—	23,90
Brüssel..... 100 fr	81,—	1455,—	1475,—	40,50
Paris..... 100 fr	81,—	1505,—	1550,—	22,60
London..... 1 £	20,43	789,75	795,—	11,59 1/2
New York... 1 \$	4,20	186,—	189,—	2,75 1/2
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	64,—	62,50	1,70
Rio de Janeiro 1 Milreis	1,36	24,50		

	Wien	Paris	London	New York
12. 12.	12. 12.	12. 12.	12. 12.	13. 12.
Kr	fr	1)	\$	
Berlin..... 100 M	3722,—	7,69	6,90	0,54 1/2
Wien..... 100 K				
Amsterdam..... 100 fl	227450,—	450,—	11,55	36,40
Kopenhagen..... 100 Kr	120975,—			
Zürich..... 100 fr	122975,—	241,25	21,45	
Paris..... 100 fr	50180,—		51,80	
London..... 1 £	26340,—	51,88		4,14 3/4
New York..... 1 \$		12,39 1/2	4,13 1/2	

Buenos Aires 10. 12.: 1 \$ oro arg. = 134,50 M.
Rio de Janeiro 10. 12.: 1 M = 42 Rs.
Valparaiso 12. 12.: 100 M = 6 \$ chil.
Mexiko 10. 12.: 1 \$ oro mex. = 85 M.
Zürich 13. 12.: Agram 2,10.

1) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
13. 12.	13. 12.	12. 12.	12. 12.	13. 12.	
Reichsmark.....	-97,38	-97,61	-96,29	-97,30	-97,71
Dt. österr. Krone		-99,81			
Französ. Frank..	-52,92	-58,00	-41,32	-55,07	
Pfund Sterling..	-4,25	-14,75	+20,70	-5,95	-14,91
Dollar.....	+10,64	-0,24	+41,69	+10,99	

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	10. 12.
Alexandrien, £:	97 1/2 Pst	97 1/2 Pst
Bombay/Kalkutta, Rup.:	24 d	1 s 3 1/2 d—1 s 3 1/2 d
Hongkong, \$:	—	2 s 7 d—2 s 7 1/2 d
Schanghai, Tael:	—	3 s 7 d—3 s 8 1/2 d
Singapore, \$:	—	2 s 3 1/2 d—2 s 3 1/2 d
Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 3 1/2 d—2 s 3 1/2 d
Montevideo T. T., \$:	51 d	40 d—40 1/2 d
Rio de Janeiro, Mil.:	27 d	7 1/2 d
Buenos Aires T. T., \$:	47,58 d	43 1/2 d—43 1/2 d
Valparaiso 90 T., £:	13 1/2 Pesos	39,50 \$ chil.
Mexiko, \$:	24,58 d	32 1/2 d—33 1/2 d

Diskontsätze

Helsingfors.. 9 %	Rom..... 6 %	Prag..... 5 1/2 %
Tokio..... 8 „	Madrid..... 6 „	Berlin..... 5 „
Warschau... 7 „	Bukarest... 6 „	London..... 5 „
Lissabon... 7 „	Rußland... 6 „	Brüssel..... 5 „
Kristiania... 6 1/2 „	Paris..... 5 1/2 „	New York F.R.B. 4 1/2 „
Sofia..... 6 1/2 „	Kopenhagen. 5 1/2 „	Amsterdam... 4 1/2 „
Wien..... 6 „	Stockholm... 5 1/2 „	Schweiz..... 4 „

Die Notenbanken im November 1921

	Deutsche Reichsbank (in Mill. M.)	
Metall	davon Gold	Reichs- u. Darlehns- Kassensch.
7. 11..	1 009	994 4 560
15. 11..	1 009	994 5 233
22. 11..	1 008	994 5 015
29. 11..	1 007	994 5 473
Durchschn.	1 008	994 5 070
Noten anderer Banken		5
Wechsel und Schecks		755
Diskont. Schatzanweisg.		1 324
Lombard-Darlehn		95 340
		103 726
		100 552
		114 023
		103 410
		+35
± Oktbr.	-24	-24 +1 584 +2 +50 +9 803

	Effekten- Bestand	Sonstige Aktiva	Noten- umlauf	Umlauf der Darlehens- Kassensch.	Depositen		Sonstige Passiva
					Reich u. Staat	Privat	
7. 11..	275	6 563	92 610	7 198	3 199	10 662	1 785
15. 11..	262	6 606	95 186	7 097	6 268	14 601	1 863
22. 11..	261	6 418	96 464	7 077	3 891	11 550	2 211
29. 11..	248	7 826	100 944	7 330	5 144	20 168	2 558
Durchschn.	262	6 853	96 301	7 176	4 626	14 245	2 104
+ Oktbr. — 11		+ 634	+ 7 585	— 252	+ 97	+ 3 813	+ 374

Bank von England (in 1000 £)

	Metall	Regierungs- Kredite	Andere Kredite	Notenumlauf	Private Guthaben
2. 11.....	128 418	56 944	80 913	125 141	125 652
9. 11.....	128 421	37 302	80 834	124 403	105 013
16. 11.....	128 433	35 726	84 823	123 587	106 038
23. 11.....	128 438	50 314	83 572	123 306	124 083
30. 11.....	128 442	57 438	82 735	125 113	130 411

Currency Notes

	Staatl. Gut- haben	„Kassen- reserve“ (Münzen u. Noten)	Umlauf*)		
			Umlauf*)	Gold- deckung	Regierungs- Sicherheit
2. 11.....	16 250	21 727	313 665	28 500	276 503
9. 11.....	17 893	22 468	314 118	28 500	277 008
16. 11.....	20 067	23 296	313 066	28 500	276 053
23. 11.....	15 331	23 582	311 687	28 500	274 482
30. 11.....	13 479	21 779	312 628	28 500	275 609

*) Einschließlich der eingezogenen, aber noch nicht vernichteten Wechsel.

Bank von Frankreich (in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Auslands- Guthaben	Morator- Wechsel	Andere Wechs.
3. 11.....	3576	1948	279	614	2710	66
10. 11.....	3576	1948	279	620	2325	67
17. 11.....	3576	1948	279	612	2271	64
24. 11.....	3576	1948	279	611	2287	64
	Lom- barde	Reg- Kredite	Kredite an Ver- bündete	Noten- umlauf	Staats- gut- haben	Privat- gut- haben
3. 11.....	2210	25 700	4104	37 522	33	2625
10. 11.....	2246	25 600	4094	37 612	46	2386
17. 11.....	2242	24 800	4115	36 719	34	2429
24. 11.....	2212	24 700	4119	36 336	54	2519

Bundesreservebanken U. S. A. (in Mill. \$)

	Gold- bestand	Silber- und Papier- geld	Diskon- tierung für Mit- gliedsb.	An- dere Wech- sel	Regie- rungs- Obliga- tionen	An- dere Ak- tiva	Regie- rungs- Depo- siten	An- dere Depo- siten
4. 11....	2 800	145	1 260	88	202	58	60	1 682
11. 11....	2 816	144	1 246	90	226	58	31	1 696
18. 11....	2 824	146	1 198	68	216	59	33	1 705
26. 11....	2 835	143	1 205	69	201	60	32	1 696
	F. R. Noten im Umlauf	F. R. Banknot. im Umlauf	Andere Passiva	Kapital u. Reserve	Deckungsverhältnis (Deposit. u. Noten)			
4. 11....	2 408	65	23	317	71,0 %			
11. 11....	2 421	81	24	317	71,4 "			
18. 11....	2 398	75	24	317	71,8 "			
26. 11....	2 390	75	25	317	72,3 "			

Schifffahrt und Schiffbau

Schweden

Kosten für aufgelegte Schiffe in Schweden. Über die Kosten, die aufgelegte Schiffe verursachen, gibt der schwedische Reeder-Verband folgende Aufstellung:

ein Dampfer von 589 Br. R. T.	1905 Kr	Kosten je Monat
" " " 1178 "	2675	" " " "
" " " 1912 "	3622	" " " "
" " " 2409 "	4384	" " " "
" " " 3538 "	6786	" " " "
" " " 4242 "	7490	" " " "

Die angegebenen Summen schließen 30 % der Kaskoversicherungsprämie ein, sowie die Bewachungs- und Unterhaltungskosten. Dagegen ist die Verzinsung des Kapitals nicht berücksichtigt. Dieses Kapital ist, falls es sich um während des Krieges gebaute oder gekaufte Schiffe handelt, im allgemeinen mit dem Vierfachen des vor dem Kriege üblichen Kapitals einzusetzen.

In dem Reederverband sind etwa 800 000 Br. R. T. schwedischer Schiffsraum vertreten. Davon lagen still:

Ende Juni 1921	237 Schiffe mit 363 160 Br. R. T.
" Oktober 1921 ...	137 " " 232 000 "

Von den in Tätigkeit befindlichen Schiffen arbeitet manches ohne Gewinn, ja, sogar mit einem Verlust und wird in Fahrt gehalten, solange der Verlust nicht die Kosten des Aufliegens übersteigt.

A. K.

Frankreich

Verkauf der französischen Regierungsschiffe. Die französische Regierungsschiffe soll, soweit sie aus stählernen Dampfern besteht, nach einem kürzlich vom Kabinett genehmigten Plan an ein Konsortium der französischen Reeder verkauft werden. Ausgenommen sind einige wenige Schiffe, die an Kolonialgesellschaften sowie an von Offizieren der Handelsmarine geschaffene Organisationen abgegeben werden sollen. Über die Verkaufsbestimmungen hat der Unterstaatssekretär der Schifffahrt M. Rio der Presse folgende Angaben gemacht:

1. Alle verkauften Schiffe sollen unter französischer Flagge bleiben. Lediglich bei den Schiffen, die über 20 Jahre alt sind, kann die Regierung den Verkauf nach auswärts zulassen.
2. Die französischen Reedereien übernehmen die Gesamtheit der stählernen Schiffe der bisherigen Staatsflotte ohne Rücksicht auf Alter und Qualität.
3. Der Verkaufspreis wird festgesetzt auf Grund einer Ratskala, die das Bureau Veritas aufstellt. Als Preis-

basis gilt der Preis eines neuen 6000-t-Dampfers, welcher im Juli d. J. auf dem englischen Schiffsmarkt im öffentlichen Verkauf erzielt wurde. Von dieser Grundlage ausgehend wird man den Preis jedes einzelnen Schiffes bestimmen. Die Regierung behält das Recht, innerhalb der nächsten fünf Jahre jederzeit den Wert der Schiffe durch ein Schiedsgericht feststellen zu lassen. Ein etwaiger Wertzuwachs ist zwischen den Käufern der Schiffe und dem Staat zu teilen.

4. Zahlungserleichterung kann in Einzelfällen gewährt werden. Der Staat behält ein Pfandrecht an den Schiffen. Seine Interessen werden weiter dadurch gewahrt, daß ein Fonds geschaffen wird, zu dem alle Käufer beizutragen haben und aus dem Zahlungen geleistet werden, falls gewisse Käufer mit ihren Teilzahlungen in Rückstand geraten.
5. Die Käufer haben nach Möglichkeit das bisherige Personal der Regierungsschiffe mit zu übernehmen.
6. Die Regierung wahrt sich das Recht, die Schiffe für gewisse Transporte im nationalen Interesse in Anspruch zu nehmen.
7. Die zurzeit für die Regierung im Bau befindlichen Frachtdampfer fallen nicht unter diese Bestimmungen. Das Reederkonsortium erhält für diese Schiffe eine Kaufoption. Die Regierung kann über sie jedoch anderweitig verfügen, falls ihr ein höheres Gebot gemacht wird.

In bezug auf den Verkaufspreis bemerkt M. Rio, daß als Grundpreis 400 fr für die Tonne Tragfähigkeit angenommen sind, ein Preis also, der ungefähr den innerhalb der letzten sechs Monate bei Schiffskäufen gezahlten Preisen entspricht. Neue Schiffe seien zu diesen, ja sogar zu noch niedrigeren Preisen in Paris angeboten, während die französischen Reedereien noch vor sechs Wochen für Regierungsschiffe einen Preis von ca. 500 fr per Tonne zu zahlen willens waren. Die belgische Regierung hat für die ihr überwiesenen ehemaligen deutschen Schiffe nur einen sehr geringen Erlös erzielt. 13 dieser Schiffe seien von der Firma Armement Deppe, Antwerpen, zum Durchschnittspreis von 155 fr per Tonne und vier Schiffe von dem Lloyd Royal Belge für 163 fr per Tonne gekauft worden.

Die französische Regierung hat die jetzt zum Verkauf gestellten Schiffe ehemals zu einem Durchschnittspreis von wenigstens 2000 fr per Tonne gekauft oder bauen lassen. Sie erleidet einen Verlust von mehreren 100 Mill. fr. Seitdem am 1. 7. d. J. die Kammern die Liquidation der Staatsflotte beschlossen haben, sind die Schiffswerte derart gefallen, daß

M. Rio berechtigt ist, den von ihm erzielten Verkaufsabschluß als den besten zu bezeichnen, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen erwartet werden dürfte.

Nähere Bestimmungen über den Zahlungsmodus usw. stehen zurzeit noch aus. A. K.

Vereinigte Staaten

Um die Passagierdampfer des Schiffsamtes besteht zurzeit ein lebhafter Wettbewerb. Mr. Rossbottom, der general manager der United States Lines, hat sich an das Amt mit dem Ersuchen um Überweisung von drei 535-Fuß-Passagierdampfern für den Dienst New York-Bremen gewandt. Ferner bittet er um Zurückziehung der beiden auf der Route New York-London tätigen 502-Fuß-Dampfer, die durch die Dampfer „Princess Matoka“ und „Potomac“ ersetzt werden sollen, nachdem diese mit Kabinen für Passagiere dritter Klasse ausgerüstet worden sind.

Von der Munson Line wird die sofortige Überweisung von drei weiteren 535-Fuß-Dampfern für den Dienst New York-Sudamerika erbeten mit dem Hinzufügen, daß die Gesellschaft versuchen wird, alle ihr überwiesenen Dampfer käuflich zu erwerben, sobald eine angemessene Preisfestsetzung stattgefunden hat und eine nationale Schiffsahrtspolitik gesichert ist.

Das Ersuchen der Los Angeles Steamship Co., ihr drei frühere deutsche Passagierdampfer für Touristenfahrten zu überlassen, ist von Lasker abschlägig beschieden worden. A. K.

Kündigung der zwischen amerikanischen Eisenbahngesellschaften und fremden Linien bestehenden Verträge? Einer Reuter-meldung zufolge haben auf die Erklärung des amerikanischen Schiffsamtes hin, daß die zwischen den Eisenbahngesellschaften und den fremden Linien bestehenden Verträge die Entwicklung der nationalen Schiffsahrt gefährden, Vertreter von zehn Eisenbahngesellschaften mit einem Committee des Amtes über die Frage einer Aufhebung dieser Verträge konferriert. Es wurde in bezug auf die Eisenbahngesellschaften festgestellt, daß die Kontrakte in der Tat praktisch unwirksam wären. A. K.

Ueber den Nordpazifik-Europaverkehr äußerte sich Mr. Moran, der general traffic manager der Dollar Line, wie folgt: „In diesem Dienst sind jetzt außer den beiden amerikanischen Linien, der Istian Line und der American Hawaiian, noch neun fremde Linien tätig. Der Verkehr reicht nur für vier Linien, er ist also sehr beträchtlich „over-tonnaged“. Jede Linie quotiert nach Belieben, und die Raten sind sehr herunter.“

Die Absicht der Royal Mail, im Dezember einen direkten Passagierverkehr von San Francisco via Panama nach England zu expedieren, ist unausgeführt geblieben, da es der Gesellschaft angeblich zur angesezten Zeit an einem geeigneten Schiff fehlte. „Pacific Ports“ meinen, daß die Einrichtung einer direkten Passagierlinie nach Europa sich lohnen würde. Außer Passagieren erster Kajüte kämen besonders auch Fahrgäste für zweite und dritte Klasse in Betracht, die jetzt über New York nach Europa führen. A. K.

Das Schiffsamt und die Konferenzen. Auf die Frage, wie sich das Schiffsamt zu den verschiedenen Frachtkonferenzen stelle, erklärte Mr. William J. Love, der director of traffic der Emergency Fleet Corporation, daß das Amt die Aufrechterhaltung der Konferenzen begünstige und selbst Mitglied dieser Konferenzen bleiben würde, solange seine Mitgliedschaft erwünscht sei. A. K.

Verkauf von amerikanischen Regierungsschiffen zu Marktpreisen. Das Schiffsamt kündigt den Verkauf von 28 stählernen Schiffen „at the World-Market Price“ an. Die Schiffe haben eine Tragfähigkeit von 5—12 000 Tonnen. Kaufofferten sind bis zum 21. 12. einzureichen.

Die zu Verkauf gestellten Dampfer kosteten der Regierung etwa 215 \$ pro t dw. Gegenwärtig würden amerikanische Werften sie für 85 \$ pro t dw bauen können. A. K.

Mexiko

Eine mexikanische Linie an der Westküste. Die Compania Naviera de los Estados Unidos de Mexico (Mexican States Line) hat eine regelmäßige vierzehntägliche Verbindung zwischen San Francisco und den mexikanischen und zentralamerikanischen Häfen an der Pazifikküste eröffnet. Der Gesellschaft stehen für diesen Dienst sechs Passagier- und Frachtschiffe zur Verfügung, die die mexikanische Flagge führen, je etwa 70 Pas-

sagiere erster Klasse, 60 der zweiten Klasse und 50 im Zwischendeck aufnehmen können und eine Ladefähigkeit von etwa 1500 Tonnen haben. Die Gesellschaft hat einen Postkontrakt mit der mexikanischen Regierung abgeschlossen. A. K.

Argentinien

Gegen das argentinische Dekret betreffend verschärfte Kontrolle der Schiffsbesatzungen haben einer Meldung des New Yorker „Journal of Commerce“ zufolge die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und einiger anderer Staaten bei der argentinischen Regierung Protest eingelegt. Das Dekret, das von den Besatzungen der in argentinischen Häfen eintreffenden Schiffe die gleichen polizeilichen und konsularischen Ausweise wie von den Passagieren verlangt, ist bereits im Juni d. J. herausgekommen; es wurde indessen suspendiert auf die Erklärung sämtlicher am Verkehr nach Argentinien beteiligten Schiffsahrtsgesellschaften hin, daß es undurchführbar sei und ihnen die Möglichkeit nehme, Mannschaften für ihre Schiffe zu erhalten. Die Schiffsahrtsgesellschaften haben sich, nachdem ihnen kürzlich angezeigt worden ist, daß die Suspension aufgehoben und das Dekret am 1. Januar 1922 in Kraft gesetzt wurde, an ihre Regierungen gewandt, die jetzt ihre Vertreter angewiesen haben, bei der argentinischen Regierung zu intervenieren. A. K.

Australien

Die britischen Austral-Konferenzlinien möchten die Commonwealth Line aufkaufen. Die unbequeme Konkurrenz der Commonwealth Line der australischen Regierung — die Linie hat gerade jetzt wieder einen neuen Schnelldienst für Passagiere und Fracht von London nach australischen Häfen eröffnet — ist den englischen Reedern seit jeher ein Gegenstand der Besorgnis gewesen. Bei Gelegenheit einer Debatte im australischen Repräsentantenhaus über die Frage, ob die Regierung noch weiterhin an ihrer Schiffsahrt und ihrem Schiffsbauprogramm festhalten solle, wurde mitgeteilt, daß Lord Inchcape, der Leiter der P. & O., den in der Austral-Konferenz vereinigten Linien empfohlen habe, die Commonwealthflotte aufzukaufen. Er habe bei diesem Vorschlag darauf hingewiesen, daß die Schiffsahrtssichten schlecht seien, daß aber die Konferenzlinien ihren Dienst selbst unter Verlusten aufrecht erhalten müßten. Die australische Regierung könne mit dem Gelde der australischen Steuerzahler die Konferenzlinien ruinieren. Der Ausweg sei, daß entweder die australische Regierung die Flotte der Konferenzlinien oder diese die australische Staatsflotte aufkaufen.

Der von Lord Inchcape gewiesene Ausweg ist indessen weder in dem einen noch in dem anderen Sinne angenommen worden. Der australische Minister Hughes hat den angebotenen Kauf der Schiffe der Konferenzlinien angelehnt und die australische Regierung sowie das Repräsentantenhaus erblickten in dem englischen Angebot, die australischen Schiffe zu kaufen, einen Versuch zur Monopolisierung des australischen Verkehrs und entschieden sich für Beibehaltung der Commonwealth Line. Liverpool Journal of Commerce meint, daß diese Entscheidung sich als ein Mißgriff herausstellen würde. Der Gedanke, daß Schiffe, die auf australischen Werften gebaut seien, in bezug auf Kosten und Bauart mit anderen auswärts gebauten verglichen werden könnten, sei durch bekannte Tatsachen widerlegt. Es sei weiter eine Erfahrungstatsache, daß der Staatsbetrieb in der Schiffsahrt unökonomisch wäre. Die Politik der Regierung sei deshalb nicht zu rechtfertigen. A. K.

Sonstiges

Entwicklung der Tankdampfer-tonnage 1914—21. Seit Kriegsausbruch hat sich die Tankdampfer-tonnage der Welt um fast das Dreifache vergrößert. Die stärkste Entwicklung weisen die Vereinigten Staaten auf, die ihren Besitz an Tankdampfern innerhalb dieser sieben Jahre verzehnfacht haben und jetzt über mehr als die Hälfte (53 %) der gesamten Tonnage verfügen. (Die wachsende Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von der mexikanischen und sonstigen ausländischen Ölproduktion — 1914 importierte die Union 3,1 Mill. Barrels Öl, 1920 dagegen 105,6 Mill. Barrels — kommt in dieser überaus schnellen Entwicklung zum Ausdruck.) Beachtenswert ist auch die verhältnismäßig starke Vergrößerung, die die norwegische Tankflotte erfahren hat. Die einzelnen Länder besaßen an Tankdampfer-tonnage für Handelszwecke:

	Juni 1914 Br. R. T.	Juni 1918 Br. R. T.	Juni 1920 Br. R. T.	Juni 1921 Br. R. T.
Vereinigte Staaten...	201 160	844 691	1 362 964	2 121 863
Großbritannien	819 993	1 352 453	1 224 791	1 398 187
Norwegen	4 728	80 308	107 484	130 864
Holland	83 294	79 388	93 863	115 032
Frankreich	11 232	19 054	21 311	47 696
Deutschland	204 849	48 694	32 059	11 425
Andere Länder	106 694	71 579	87 049	145 000

Zusammen.... 1 431 950 2 496 167 2 929 521 3 970 166

Zu dieser Tankdampfertonnage kommen noch Segler und Leichter mit zusammen 139 000 Br. R. T. (von denen 105 000 Br. R. T. den Vereinigten Staaten gehören) und Marine-Tankschiffe von 160 000 Br. R. T. (davon 62 000 Br. R. T. amerikanisch).

Die schnelle Zunahme der Tankdampferflotte ist bedingt durch den wachsenden Ölbedarf der Welt, insbesondere auch der Seeschifffahrt. Es waren an ölbrennenden Schiffen vorhanden:

Juni 1914 ... 364 Schiffe mit ca. 1 300 000 Br. R. T.

" 1921 ... 2536 " " " 12 800 000 "

Die Tonnage, die Öl als Brennstoff verwendet, hat sich also innerhalb der sieben Jahre verzehnfacht. A. K.

Außerordentlich schnelle Zunahme der seegehenden Motorschiffe über 2000 Br. R. T. Im Zeitraum Juni 1920 bis Juni 1921 ist die Zahl der Motorschiffe über 2000 Br. R. T. von 107 auf 145, ihre Tonnage von 462 000 auf 692 000 Br. R. T. gestiegen. Es hat also innerhalb dieser zwölf Monate eine Zunahme dieser größeren seegehenden Motorschiffe von 50 % stattgefunden, während die Zunahme der Dampfer-tonnage nur 9 % betragen hat. Es besaßen Motorschiffe über 2000 Br. R. T.:

	Juni 1920 Zahl	Juni 1920 Br. R. T.	Juni 1921 Zahl	Juni 1921 Br. R. T.
Großbritannien	19	108 713	34	217 104
Dänemark	16	93 295	21	121 580
Schweden	14	63 951	20	91 681
Vereinigte Staaten	22	59 807	28	86 457
Norwegen	19	68 730	21	85 032
Italien	5	24 102	6	26 449
Alle anderen Länder	12	43 071	15	63 467

Zusammen..... 107 461 689 145 691 770

Wie die Tabelle zeigt, hat insbesondere Großbritannien seinen Besitz an Motorschiffen schnell vergrößert. Die Zunahme beträgt hier rund 100 %.

Zu den größeren Motorschiffen kommen noch 553 kleinere mit zusammen 210 118 Br. R. T.

Eine außerordentlich schnelle Zunahme zeigen auch die mit Dieselmotoren ausgerüsteten Segler. Im Juni 1915 gab es nur 45 Segler von zusammen 13 000 Br. R. T., die über Hilfsmotoren verfügten. Bis Juni 1921 ist ihre Zahl auf 777, ihre Tonnage auf 342 530 Br. R. T. gewachsen. Von diesen mit Motorenantrieb ausgestatteten Segelschiffe gehören 61 mit 60 103 Br. R. T. dem Schiffsregister der Vereinigten Staaten an.

Insgesamt waren Mitte dieses Jahres vorhanden:

145 Motorschiffe über 2000 Br. R. T. v. zus.	691 770 Br. R. T.
553 kleineren Raumgeh. " "	210 118 "
777 Segler mit Hilfsmotoren..... " "	342 530 "

1475 Fahrzeuge mit Motorantrieb ... v. zus. 1 244 418 Br. R. T.

A. K.

Einfuhr Übersee nach Hamburg. Gemäß den Ladungsverzeichnissen sind im Monat November 1921 unter andern folgende Mengen der wichtigsten Waren hier angekommen:

Vorkommende Abkürzungen: Bll. = Ballen. Blk. = Balken. Bd. = Bund. Br. = Barren. Bshl. = Bushels. dz = Doppelzentner = 100 kg. Eim. = Eimer. Fss. = Fässer. Frk. = Firkins. Gall. = Gallonen. Ing. = Ingots. K. = Kisten. kg = Kilogramm. Kll. = Kolli. Krb. = Körbe. o. n. B. = ohne nähere Bezeichnung. P. = Pack. Pl. = Platten. Qrt. = Quarter. Sck. = Säcke. Ser. = Seronen. St. = Stück. Stg. = Stangen. t = Tonnen = 1000 kg. Trc. = Tierces. Trm. = Trommeln. Tsch. = Tschelwert. Tb. = Tubs

Äpfel, getr. ... Kll.	2202	Fleisch Corn. Beef K.	7755	Holz, Teak. ... Blk.	3578	Milch (sterilis.) K.	18321	Saat, Lein. ... Sck.	106315
Antimon ... Kll.	20787	Schweine Kll.	7667	Zedern Kll.	3089	Milchpulver Kll.	3141	Sesam. ... Sck.	17167
Aprikosen ... K.	14103	Früchte, getr. Kll.	3947	Holzmasse ... Bll.	8066	Myrabolanen Bt.	45046	Sardinien ... K.	8629
Aprikosenkern. Kll.	2876	Garn (o. n. B.) Bll.	6750	Honig ... Kll.	2040	Natron (o. n. B.) Fss.	10624	Schmalz ... Eim.	230
Asbest ... Bll.	3256	Baumw. Bll.	4080	Hörner ... Kll.	4714	Nüsse (o. n. B.) Kll.	10443	" ... 1/1 Fss.	133
" Fiber ... Sck.	1900	" Woll ... Bll.	230	" ... St.	33786	" Hasel ... Sck.	23273	" ... 1/2 Fss.	18384
Baumwolle ... Bll.	37483	Gerbextrakt Kll.	135516	Jute ... Bll.	78863	" Kokos ... Sck.	1430	" ... K.	24685
Baumw. Abf. Bll.	14702	" dz.	120478	Juteabfall ... Bll.	4046	" Kokos ger. K.	650	" ... Trc.	5112
" saatkuch. Kll.	57453	Gerste ... Sck.	3686	Kaffee ... Sck.	122391	" Musk. Kll.	790	Schwefel ... Kll.	2050
Blei ... Kll.	118312	Gummi (o. n. B.) Kll.	16675	Kakao ... Sck.	82315	Öl (sonstiges) ... Fss.	13261	Schwefelkies t	5883
Bohnen ... Sck.	10572	" Kopal ... K.	707	Kakaopulver K.	442	" ... t	4817	Sirup ... K.	10000
" Soja ... Sck.	63268	" Tragant. Kll.	155	Kämmlinge ... Bll.	1180	" Bmw. S. Fss.	952	Speck ... Kll.	1583
Borsten ... K.	1395	Haare (o. n. B.) Kll.	193	" Woll ... Bll.	1005	" Holz ... Fss.	5797	Stärke (o. n. B.) Sck.	61424
Butter ... K.	101	" Roß ... Kll.	209	Käse ... K.	1691	" Lein ... Fss.	2506	" Sirup Fss.	32720
Därme ... Kll.	5526	" vegetabil. Kll.	6569	Kasein ... Kll.	11113	" Palm ... Fss.	612	Steinkohlen. Schld.	29
Divi Divi ... Sck.	1555	Hafer ... Sck.	52067	Kassia (o. n. B.) K.	1557	" Schmier Fss.	25740	Steinnüsse ... Sck.	13985
Eigelb, getr. Kll.	3274	" t	1420	Kleie (o. n. B.) Sck.	158879	" t	9279	Tabak ... Bll.	66339
Eisen ... Kll.	3307	Hafermehl ... Sck.	14177	Knochen ... Kll.	8581	Ölkuch. (o. n. B.) Bll.	9791	Talg ... Kll.	5013
" t	496	Hanf ... Bll.	3875	Kopra ... Sck.	335287	Palmkerne ... Sck.	148927	Tapioka ... Sck.	7581
Erbesen ... Sck.	1883	" Sisal ... Bll.	4072	" t	1250	" mehl. Sck.	27633	Tee ... 1/1 K.	5213
Erdnüsse ... Sck.	26311	Harz ... Kll.	15344	Korinthen Kll.	42436	Paraffin ... Sck.	9190	" 1/2 K.	937
Erz, Blei ... t	600	Häute ... Bd.	25655	Korken ... Sck.	1422	Pfeffer, schw. Sck.	7632	Terpentin ... Fss.	462
" Wolfram Sck.	5799	" St.	182443	Korkholz ... Kll.	802	" weißer Sck.	1044	Tran ... Fss.	8782
" Zinn ... Kll.	6575	" gesalzene Bd.	28069	Kupfer ... Br.	15855	Pflirsche, getr. K.	5360	Valonea ... Sck.	2725
Fasern (o. n. B.) Bll.	2762	" St.	105432	" Kll.	86337	Pflaum, getr. K.	2433	Wachs ... Kll.	1594
Federn, Bett Bll.	623	" Büffel ... Bd.	499	" Draht ... Kll.	11041	Piment ... Kll.	3767	" Vegetabil. Kll.	2395
Feigen ... Kll.	40314	" Roß ... Bd.	8273	Leder ... P.	2400	Piassava ... Bd.	19590	Wein ... Fss.	1942
Felle (o. n. B.) P.	11900	" ges. Bd.	7556	" Abfall ... Bll.	639	Reis ... Sck.	107461	" K.	994
" Kalb ... P.	14402	Heringe ... Kll.	16684	Mais ... dz.	1784448	" Abfall ... Sck.	25204	Weintrauben. K.	6530
" Schaf ... P.	2208	" frische K.	9785	" Bshl	585271	Reisbruch ... Sck.	31618	Weizen ... Bshl	421568
Fett (o. n. B.) Fss.	4720	" dz.	17971	" Sck.	905383	Reismehl ... Sck.	5625	" dz.	151841
" Speise ... K.	7611	Hirse ... Sck.	8352	Maisabfall ... Sck.	12598	Rinde (o. n. B.) P.	19251	Wolle ... Bll.	34208
Fibre (o. n. B.) Bll.	5860	Holz (o. n. B.) Stan.	6364	Malz ... Sck.	3000	" Akazien Kll.	16309	Wollabfall ... Bll.	606
Fische ... Kll.	4297	" St.	22420	Mandeln ... Kll.	8245	" Mimosa Kll.	806	Zellulose ... Bll.	9204
" kons. K.	7190	" t	758	Mehl (o. n. B.) Sck.	104867	Roggen ... Bshl.	293675	Zink ... Kll.	2297
Fleisch (o. n. B.) Kll.	1622	Holz, Kiefern St.	42186	" Roggen Sck.	5313	Rosinen ... Kll.	192953	Zinn ... Kll.	32044
" gefr. ... K.	8761	" Nuß St.	2777	Mehl, Weizen Sck.	19280	Saat (sonstig.) Sck.	16020	Zitronen ... K.	16537
" konserv. K.	6881	" Okuméa K.	4698	Milch (kondens.) K.	51163	" Gras ... Sck.	1236	Zucker ... Kll.	3410

Tab. Landau

Vermischtes

Vom englischen Jutemarkt schreibt uns Herr Direktor C. Trapp, Hamburg:

Die Geschäftslosigkeit, die auf allen Märkten andauert, wurde in den letzten vier Wochen nur selten unterbrochen.

Die Rohjutepreise gingen bei weichendem indischen Wechselkurs mangels Nachfrage sprunghaft weiter zurück, und zwar von 31 £ auf 25 £ per ton für erste Marken auf Abladung. Die Lagerware häuft sich, sowohl in Großbritannien als auch auf dem Kontinent, besonders in Hamburg, wo jetzt ca. 150 000 Ballen unverkauft liegen sollen.

Im Dundee-Warengeschäft ist noch immer keine Aussicht auf eine bessere Marktlage vorhanden. Das Jutegeschäft weist zurzeit wieder überall Verluste auf, sowohl im Rohjutehandel als auch beim Spinner und Weber. Die Verkaufspreise für Fertigfabrikate bewegen sich weit unter den Gestehungspreisen, trotzdem hält der Konsum sich zurück, infolge der allgemeinen schlechten Lage des Weltmarktes. Die Position der schottischen Jutefabriken ist daher eine sehr ernste, da zu befürchten ist, wenn nicht bald eine erhebliche Besserung eintritt, daß viele Fabriken in Dundee ihrem vollständigen Stillstand entgegensehen. In Linoleum Hessians steht der Markt nicht ganz so trostlos da als in den anderen Fabrikaten, obgleich auch hierfür die Preise gefallen sind.

In Kalkutta sieht der Markt momentan fast noch trostloser aus als in Dundee. Infolgedessen soll auch aus Mangel an Aufträgen die viertägige Arbeitszeit pro Woche noch über das Ende dieses Jahres hinaus fortgesetzt werden. Über die unverkauften Vorräte an fertiger Ware, die sicher nicht unbedeutend sind, kursieren unglaubliche Gerüchte.

Auch in New York zeigen die Preise für Kalkutta Bur-laps eine weichende Tendenz, und da man allgemein noch einen weiteren Rückgang der Preise erwartet, so ist fast gar keine Nachfrage im Markt vorhanden.

In den letzten vier Wochen stellen sich die Preisbewegungen wie folgt:

Rohjute erste Marken Abidg. cit Dundee in £	1 Ball. fob Kalkutta in Kupien	56 Cops in Dun- dee per spyndle in s und d	Hessians 40 in 10 1/2 oz Dundee in d
9. 11. 21. 28.—	59	3/—	4
16. 11. 21. 27.—	57	3/—	4
23. 11. 21. 25.10	55	3/—	3 3/4/8
30. 11. 21. 25.—	51	2/11	3 3/2/8

Linoleum Hess. Bas. 40 in 10 1/2 oz in d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz cit Dundee in s und d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz loko New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
9. 11. 21. 5 4/8	24/6	5,—	1 4 5/8
16. 11. 21. 5	24/—	4,95	1 4 3/8
23. 11. 21. 4 3/4/8	23/6	4,80	1 4 1/2
30. 11. 21. 4 3/8/8	22/6	4,70	1 4 1/4

Rohkapok-Marktbericht. Herr Direktor Cantzler, Potsdam, schreibt uns:

Es hegt jetzt seitens der niederländisch-indischen Regierung eine Statistik über die Kapokaustuhr aus Java und Madoero während des Jahres 1921 vor. Daraus ergibt sich eine Gesamtaustrahlung von 8 419 000 kg gegenüber 7 820 000 im Jahre 1920. Die Hauptbezieher sind die Vereinigten Staaten mit über 5 Mill. kg, die Niederlande mit über 2 Mill. und der australische Kontinent mit ca. 700 000 kg. Die übrige Menge verteilt sich auf direkte Verschiffung nach Europa, Indien und Japan. Hieraus resultiert der überragende Bedarf von Kapok in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ja außer Java auch noch andere selbständige Bezugsgebiete wie auf den Philippinen usw. besitzen, sowie die erweiterte Ingebrauchnahme von Kapok überhaupt.

Der Amsterdamer Kapokmarkt weist einen Bestand pro 1. 12. von 504 Ballen auf. Die Anfuhr nebst Vorjahresbestand pro Ende November betrug 80 864 Packen und der Verkauf bis zu diesem Datum 80 360 Packen. Der Preis wird genannt mit 65—66 cts für 1/2 kg. Er ist also um eine Kleinigkeit zurückgegangen, jedoch immer noch nahezu einkaufshindernd bei der heutigen Kurshöhe des holländischen Gulden. Bevorzugt werden derzeit beim Einkauf die sogenannten Akund- resp. Seidenkapokprovenienzen, die heute, soweit die Käufer nicht noch unter Schluß stehen, mit 50—55 fl je kg angeboten werden. Die weitere Entwicklung des Rohkapok-

marktes hängt lediglich von der Kursgestaltung der nächsten Zeit ab. Mögen die finanzpolitischen Berichte der englischen und amerikanischen Zeitungen aus den letzten Tagen recht behalten, die von einer sonst der gesamten Weltwirtschaft drohenden Katastrophe deutlich und klar sprechen.

Außenhandelsstatistik Chiles (Januar-Juni 1921). In Ergänzung seines Berichts in Nr. 49 vom 9. 12. übermittelt uns unser Chile-Korrespondent noch folgende Zahlen:

Einfuhr			1920	
	Menge in 1000	Wert in 1000 \$ oro	Menge in 1000	Wert in 1000 \$ oro
Säcke	kg	19 247	17 133	5 502
Gold	g	7 242	13 196	5
Zucker	kg	25 722	10 880	47 409
Steinkohle	t	226	7 821	860
Eisen	kg	15 679	6 205	5 652
Petroleum	t	255	4 137	344
Papier	kg	4 975	3 897	7 655
Koks	t	93	3 418	74
Eisendraht	kg	5 879	2 853	2 324
Rindvieh	St.	35	2 244	23
Tabak	kg	321	1 930	165
Zement	"	23 765	1 914	17 157
Reis	"	2 436	1 436	6 025

Ausfuhr		1921		1920	
	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge
Salpeter	Qtl. mtr.	8 685	204 845	13 416	214 675
Kupfer	kg	25 574	19 391	58 526	68 811
Borax	"	14 647	18 353	9 588	9 496
Jod	"	404	9 358	158	3 662
Weizen	"	29 971	5 696	15 560	5 279
Wolle	"	8 194	5 609	9 811	22 210
Kupfer Gest.	"	26 705	2 147	9 392	1 144

Berichtigung

Infolge eines technischen Versehens sind die graphischen Darstellungen auf Seite 674 in Nr. 49 umgestellt worden, so daß die Darstellung des „Entwertungsfaktors der Mark“ an die erste, die New Yorker Kurse in Prozenten der Friedensparität (infolge eines Druckfehlers in „Friedensqualität“ umgewandelt) an die zweite Stelle gerückt worden sind, während der Text auf die umgekehrte Anordnung Bezug nimmt.

Ferner ist in dem Aufsatz „Die Krisis der Reparation“ von Dr. Alfred Schmidt-Essen auf Seite 663 zweiter Absatz „Diese Wirtschaftskrise leidet“ gesetzt worden, während es heißen muß „Diese Wirtschaftskreise leiden“.

Neuerscheinungen

Einzusehen in der Bibliothek des Hamburgischen Weit-Wirtschafts-Archivs, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet werktäglich von 8—4 Uhr

Allgemeines

„Indexziffern im Inland und im Ausland.“ Eine kritische Studie von Emil Hofmann. Karlsruhe i. B.: Braun 1921. 127 S.

In den Tagen der gewaltigsten Valutaschwankungen, die auch das innere Preis- und Lebenshaltungsniveau der einzelnen Länder fortdauernden Änderungen unterwerfen, begegnen die Versuche, durch Indexziffern die Verschiebungen meßbar und vergleichbar zu machen, dem größten Interesse. Die vorliegende Übersicht der wichtigsten Indexberechnungen im In- und Auslande ist daher sehr dankenswert.

„Die Besteuerung der Kriegsgewinne in den europäischen Staaten.“ Von Karl Brauer. Stuttgart: Enke 1921. 124 S. (Finanz- und volkswirtschaftl. Zeitfragen. H. 77.)

A. Die Formen der Kriegsgewinnsteuer in den einzelnen Ländern (12 europ. Staaten). B. Ergebnisse der Untersuchungen (Begriff Kriegsgewinn; Steuersubjekt; Steuertarif; Verhältnis zum Steuersystem). C. Anlagen (Auszüge aus der Auslandsgesetzgebung).